

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Ins Meer geworfen!

Aus Frankreich kommt die Nachricht, daß die Marineverwaltung beabsichtigt, keine neuen Torpedoboote mehr bauen zu lassen, da sie ja doch demnächst aus der Marine verschwinden würden. An Stelle der Torpedoboote sollen Torpedobootzerstörer, vor allem aber Unterseeboote gebaut werden.

Für denjenigen, der die Flottenbaupolitik aufmerkamer verfolgt hat, enthält diese Mitteilung durchaus nichts Ueberraschendes. Weht doch das Streben der Kriegsmarine aller Staaten bereits seit Jahren dahin, die Torpedoboote durch Torpedobootzerstörer, das heißt durch Torpedoboote von erheblicherem Displacement zu ersetzen. Während in den 80er und 90er Jahren die Torpedoboote noch sehr klein waren, wurde in neuerer Zeit das Displacement mehr und mehr vergrößert, wurde das kleine Torpedoboot als Angriffswaffe durch den Torpedobootzerstörer verdrängt. Die Torpedobootzerstörer Englands besitzen zurzeit ein Displacement von 1000 Tonnen und darüber. Und auch die übrigen Kriegsmarinen, speziell Deutschlands, befolgen im Torpedobootbau genau die gleiche Taktik. Im neuesten „Kautibus“ wird das Displacement der gegenwärtig im Bau befindlichen Boote nicht angegeben; sicherlich steht es hinter dem Englands nicht zurück. Die ganze Entwicklung läuft eben darauf hinaus, daß die Torpedowaffe einer vollständigen Revolution verfallen ist, daß die kleinen Boote schon in den nächsten Jahren vollständig verdrängt sein werden durch die großen Torpedobootzerstörer, die natürlich außerordentlich viel kostspieliger sind als die Torpedoboote von 200—300 Tonnen Wasserdrängung. Mit den Torpedobooten geht es eben ganz genau so, wie mit den Linienschiffen und den Panzerkreuzern.

An die Stelle der Linienschiffe von 10 000 Tonnen sind heute Angetriebe von 20 000 Tonnen und mehr getreten, die statt der 20 Millionen, die sie nach der Flottenvorlage von 1900 kosteten, bereits heute 50—60 Millionen Mark kosten! Ebenso sind ja, wie wir erst unlängst darlegten, unsere Panzerkreuzer gegenwärtig nichts anderes als eine besondere Gattung schnellfahrender Linienschiffe, die an Größe, Armierung und Kostspieligkeit hinter den Linienschiffen kaum noch zurückstehen.

Diese ständige Revolution im Kriegsschiffbau verschlingt aber ungeheure Summen. Schon jetzt kostet unsere Flotte jährlich zirka eine halbe Milliarde Mark. Dabei ist den Preissteigerungen der neuen Seekriegswaffe keine Schranke gesetzt!

Zu den Torpedobootzerstörern kommen die Unterseeboote. Wieviel dieser Fahrzeuge Deutschland besitzt, wird von unserer Marineverwaltung nicht bekanntgegeben. Wir wissen nur, daß im letzten Etat wiederum 10 Millionen Mark für Neubauten und Versuche ausgeworfen sind. Da der jetzige Stand der Technik dieser neuen furchtbaren Seekriegswaffe ein sehr fortgeschrittener sein soll, wird es nicht ausbleiben, daß auch Deutschland künftig noch erhebliche Aufwendungen für die Unterseeboote machen wird. Die Torpedoboote, die noch vor einem Jahrzehnt gebaut wurden, gelten schon jetzt als altes Eisen — die Unterseeboote sollen sie ersetzen!

Deutlich gibt es in Deutschland einen Marinesachverständigen, den Admiral a. D. Galster, der den Bau der Torpedoboote für wichtiger erklärt hat, als den einer starken Linienschiffslotte. Galster ist der Meinung, daß die riesigen Linienschiffslotten der Torpedobooten gegenüber vollständig wehrlos seien, daß ihre Bedeutung als Seekriegswaffe also überhaupt eine höchst zweifelhafte sei. Nichtsdestoweniger aber hat gerade Deutschland das höchste Gewicht auf den Bau einer starken Schlachtflotte gelegt. Es hat den Schlachtschiffbau in einer Weise forciert, daß Admiral Galster der deutschen Marineverwaltung sogar Mangel an Pflichtbewußtsein vorwerfen zu dürfen glaubte, weil er annahm, daß der Bau von Unterseebooten darunter Schaden leide. Dem scheint aber keineswegs so gewesen zu sein. Denn wahrscheinlich besitzt Deutschland zurzeit bereits eine ganze Anzahl von Unterseebooten, deren Bau man in aller Stille betrieben hat. Deshalb die deutsche Marineverwaltung ihr Interesse für die Unterseeboote nicht lebhafter an den Tag gelegt hat, verrät der freisinnige Abgeordnete Leonhart, der kürzlich auf Einladung des Herrn von Tirpitz an der Fahrt eines Unterseebootes teilnehmen durfte, durch folgende Auslassungen:

„Sodann hatte Herr v. Tirpitz es sich zur Lebensaufgabe gesetzt, Deutschland eine respektable Hochseeflotte zu bauen, und bei der konsequenten Verfolgung dieses einen Ziels konnte ihm das Unterseeboot sehr gefährlich werden. Denn das Unterseeboot wird in bezug auf die Kampfmittel zur See geradezu revolutionierend wirken. Es fordert erstlich zur Prüfung auf, ob überhaupt in der Seeschlacht der Zukunft das große kostspielige Linienschiff noch den Wert hat, der ihm zurzeit offiziell beigemessen wird.“

Herr Leonhart unterstellt also dem Staatssekretär für das Reichsmarineamt, daß er eine Unterschätzung der Bedeutung des Unterseebootes wider besseres Wissen an den Tag gelegt habe, nur um nicht das für ihn vornehmste Ziel, den Bau einer „respektablen Hochseeflotte“, zu gefährden. Wenn nun aber wirklich das Unterseeboot einen so furchtbaren Gegner des Schlachtschiffes darstellt, wie viele Marinesachverständige glauben, so wäre die Schlachtflotte absolut wertlos, so wären die vielen Hunderte von Millionen für die Linienschiffe einfach ins Meer geworfen worden!

Zu dem Wassermilitarismus ist nun in den letzten Jahren auch der Luftmilitarismus getreten. Die lenkbaren Luftschiffe Zeppelinscher, Parsevalscher und Großschiff Konstruktion haben dem Reich bereits Millionen gekostet. Die Ausgaben für diese neueste

Waffe des Militarismus werden auch in Zukunft nicht ab-, sondern zunehmen. Und auch das allerneueste Luftfahrzeug, die Flugmaschine, wird den Steuerfäden des Volkes in Anspruch nehmen. Bereits sind Flugmaschinen von der Heeresverwaltung angekauft worden, bereits werden vom Staate Subventionen an den Flugsport geleistet. So wachsen die Ausgaben des Militarismus zu Wasser, zu Lande und zur Luft immer abenteuerlicher an! Auch die unerhörte Steuererschöpfung durch die letzte Reichsfinanzreform wird schon in absehbarer Zeit nicht mehr genügen, um die ungeheuren Ansprüche unseres Militarismus zu befriedigen!

## Die preußische Gewerbeaufsicht im Jahre 1909.

Die Unzulänglichkeit der preußischen Gewerbeaufsicht wird erneut durch den soeben erschienenen Jahresbericht der königl. preußischen Regierungs- und Gewerbeämter für das Jahr 1909 recht grell beleuchtet. Im Junkerlande ist die Gewerbeaufsicht weniger ein Instrument des Arbeiterschutzes als vielmehr ein sozialpolitisches Dekorationsstück. Als das von erschauten kapitalistischen Rücksichtslosigkeiten aufgepeitschte soziale Gewissen einzelne Beamten zu kritischen Auslassungen in ihren Berichten veranlaßt hatte, und die Unternehmer sich darüber beschwerten, da verbot der Minister dergleichen Maßnahmen. Jetzt müssen die Beamten sich auf die nackte Mitteilung von Tatsachen beschränken. Nur wo besondere, in das amtliche Schema nicht hineinpassende Verhältnisse es erlauben, schlüpft noch mal eine kritische Bemerkung mit unter; sonst gleichen sich die Berichte wie ein Ei dem andern. Trotzdem enthüllen sie genug soziale Sünden, um die Öffentlichkeit und die Arbeitervertreter in der Gesetzgebung zu veranlassen, diesem wichtigen Zweige des Arbeiterschutzes erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Zahl der Regierungs- und Gewerbeämter ist gegen das Vorjahr minimal, nämlich von 276 auf 284 gestiegen, die Zahl der Bergwerksbeamten hielt sich unverändert auf 70. Andererseits haben sich die revisionspflichtigen Fabriken und Anlagen von 146 869 auf 150 019 vermehrt, bei einer Zunahme der beschäftigten Arbeiter von 3 019 137 auf 3 061 490. Die Zahl der Bergpolizei unterstehenden Gruben, Salinen und Aufbereitungsanstalten ist von 2215 auf 2125 gesunken, während gleichzeitig eine Vermehrung der Gesamtbelegschaft von 706 818 auf 723 669 eintrat. Außer der sich daraus ergebenden Mehrarbeit der Beamten sind diese auch noch durch eingehendere Beschäftigung mit Spezialfragen und durch Polizeiverordnungen stark in Anspruch genommen worden. Die ersteren betreffen die Nebenbeschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken und in Glashütten, die Durchführung der Bekanntmachung betreffend den Betrieb von Anlagen der Grobblechindustrie vom 19. Dezember 1908, die Unfälle in der Rachtschicht, Trinkwasser- und Wassergelegenheiten, Badeeinrichtungen, Räume zum Einnehmen von Mahlzeiten usw. in Anlagen der Grobblechindustrie vorhanden sind, die Versorgung der Arbeiter mit Trinkwasser, und die Frage: Haben die Arbeiter morgens vor Beginn der Arbeit gefrühstückt? Ueber die vermehrte Inanspruchnahme als Folge von Polizeiverordnungen bemerkt, um ein Urteil anzuführen, der Beamte von Arnberg: „Die Berringerung der Revisionsziffern gegen das Vorjahr hat darin ihre Ursache, daß die am 1. April in Kraft getretene Provinzial-Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien und Konditorien die Arbeitskraft der Beamten durch viele zeitraubende Revisionen in Anspruch nahm, von denen eine große Anzahl nicht in den vorstehenden Ziffern enthalten ist, weil die betreffenden Werkstätten nicht zu denjenigen gehören, auf welche sich dieser Bericht nach den Bestimmungen des Reichs-Kanzlers zu beziehen hat.“

Selbstverständlich hat die allgemeine Aufsichtstätigkeit unter der Extraarbeit der Beamten mehr gelitten, als in den ziffernmäßigen Revisionsnachweisen in die Erscheinung tritt. Insgesamt wurden 153 649 Revisionen und 24 319 Unfalluntersuchungen ausgeführt gegen 152 391 Revisionen und 23 757 Unfalluntersuchungen im Jahre vorher. Da eine Anzahl Fabriken mehrmals revidiert wurde, blieben 731 138 gleich 62,1 Proz. der Werke von jeder Revision verschont. In den revidierten Anlagen waren 2 501 895 Personen gleich 81,7 Proz. der Gesamtzahl beschäftigt. Da im vergangenen Jahre 82,3 Proz. der revisionspflichtigen Arbeiterschaft von der gewerblichen Aufsichtstätigkeit erfaßt wurden, ist in dieser Beziehung ein direkter Rückschritt zu konstatieren. Von den der Bergpolizei unterstehenden Werken blieben 101 mit 458 Mann Belegschaft unrevidiert.

Dürften die Beamten alle ihre Erfahrungen mitteilen, besonders in bezug auf das Raffinement der Unternehmer bei der Umgehung und freien Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen und über die Strupplosigkeit bei der Ausbeutung der Arbeitskraft, es käme sicherlich ein netter Beitrag zur „Kulturgeschichte“ des Kapitalismus heraus. Unter den obwaltenden Umständen genügt aber auch das, was als kritischer Niederschlag in den Berichten aufzufinden ist, eine

helle Empörung aufzuzünden zu lassen. Gleich auf der ersten Seite der nach Regierungsbezirken geordneten Berichte, wird unseren Junkern von dem Beamten des Bezirks Königsberg und Allenstein das folgende charakteristische Denkmal gesetzt:

„Das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu Arbeitgebern und Arbeitern hat sich im allgemeinen zur Zufriedenheit gestaltet. Hier und da haben nur Arbeitgeber sich durch das Vorgehen der Beamten beschwert gefühlt. Dazu gehörten zum a) Großgrundbesitzer, die neben ihrem landwirtschaftlichen auch noch gewerbliche Betriebe zu leiten haben, und die sich nur schwer daran gewöhnen konnten, die gesetzlichen Bestimmungen zu erfüllen, die für diese in Beziehung auf Arbeitsverhältnis und Arbeitszeiten Geltung haben. Sie von der Rechtmäßigkeit der Anforderungen der Beamten zu überzeugen, bedurfte es einigemal erst gerichtlicher Verurteilung.“

Die von keiner Gewissensbeschwerung gehemmte Profitgier und die daraus resultierende Rücksichtslosigkeit gegen das Leben und die Gesundheit der Arbeiter wird durch folgende Auslassungen des Beamten für Danzig scharf markiert:

„In einem Schotterwerk wurde einem Lokomotivführer, der auf einen Wagen des in Bewegung befindlichen Arbeitseuges springen wollte, ein Bein abgefahren. Gelegentlich der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Lokomotivführer erst 17 Jahre alt und einige Monate vorher noch Kaufbursche gewesen war. Der Firma wurde durch polizeiliche Verfügung aufgegeben, für diesen Dienst ältere und genügend vorgebildete Leute anzustellen. Ferner wurde die Herstellung ordnungsmäßiger Weichen vorgeschrieben. Für eine Kiesgrube mit geeigneter Förderbahn ist die Beschaffung von Bremswagen und die Herstellung horizontaler Entladegleise veranlaßt worden.“

Aus dem Landespolizeibezirk Berlin wird berichtet:

„Zu einer Geldstrafe von 60 M. wurde ein Kaufmann als Inhaber einer Fabrik verurteilt, in dessen Betrieb ein jugendlicher Arbeiter bei Bedienung einer ungeschützten Maschine verunglückt war. Im Urteil wurde ausgesprochen, daß, wenn auch eine Schutzvorrichtung nicht unumgänglich notwendig war, der Angeklagte doch die erforderliche Aufmerksamkeit auf den Jungen ließ, als er an der ungeschützten Maschine einen fünfzehnjährigen Arbeiter beschäftigte.“

„Sodann der Ausschuß des Verbandes Berliner Damen- und Mädchenmantelfabrikanten beschlossen hat, in der Generalversammlung der Mitglieder zu empfehlen, revidierenden Beamten der Gewerbeinspektion jede Auskunft zu verweigern mit dem Hinweis, daß ihre Betriebe kaufmännischer und gewerblicher Natur sind“, entstehen unangenehme Schwierigkeiten bei der Revisionsfähigkeit; einzelne Unternehmer verwehren den Beamten überhaupt den Zutritt zu ihren Betrieben.“

Folgende Mitteilung macht der Beamte von Breslau:

„Arge Zustände traten auch in Holzbearbeitungswerkstätten, namentlich in Hinsicht auf den Schutz der Arbeiter gegen Feuergefahr, hervor, und öfters mußte durch polizeiliche Verfügungen dagegen eingeschritten werden.“

Der Bezirk Magdeburg ist durch diese Angabe vertreten:

„Die gesetzlichen Vorschriften für den Dampfesselbetrieb werden noch immer mangelhaft befolgt. Verstöße wurden herbeigeführt, weil Dampfessel ohne vorhergehende Abnahmeuntersuchung betrieben wurden, weil Sicherheitsventile eigenmächtig verändert worden waren, weil solche überlastet worden waren, und der zulässige Dampfdruck überschritten worden war, weil der Wasserstand zu niedrig gehalten, weil nicht für ständige Beaufsichtigung des Kesselbetriebes gesorgt wurde usw. Je nach den Umständen wurden der Besitzer oder der Heizer oder auch beide bestraft.“

Ueber ähnliche Verstöße berichtet der Beamte von Potsdam:

„Bei den Revisionen wurden zahlreiche Arbeitsräume vorgefunden, deren Zustand den Anforderungen bezüglich der Unfall- oder Feuergefahr nicht entsprach; in mehreren Fällen waren die Räume so baulich, daß ein Einschreiten der Bergpolizeibehörde veranlaßt werden mußte. . . Häufig mußten Anordnungen über die feuergefährliche Lagerung von Mineralölen beauftragt werden. . . In einer Schloßwerkstatt wurde ein Dampfessel angetroffen, der ohne Genehmigung aufgestellt war. . . In vier Betrieben hatten die Kesselheizer die Sicherheitsventile beauftragt oder festgelegt. . .“

Auf recht idyllische Verhältnisse läßt folgende Mitteilung aus dem Bezirk Lüneburg und Stade schließen:

„Ueberrahmte lange Arbeitsdauer wurde bei dem Dampfesselheizer einer Gerberei festgestellt. Dieser war längere Zeit hindurch in jeder Woche dreimal 36 Stunden lang ununterbrochen beschäftigt gewesen (!). Es gelang, den Besitzer der Anlage davon zu überzeugen, daß die Gesundheit des Heizers und auch die Sicherheit des Dampfesselbetriebes dadurch gefährdet seien, und ihn zu veranlassen, den Heizer fernertun nur am Tage zu beschäftigen.“

Drutale Kinderausbeutung konstatierte der Beamte des Frankfurt a. O. Bezirkes mit folgender Angabe:

„In einer neu in Betrieb gekommenen Glashütte wurde ein 12-jähriges ungarisches Mädchen mit einer Arbeitskarte in der Einbinderstube beschäftigt vorgefunden. . . Ein Wärter einer Schneidemühle hatte zwei Schulmädchen, darunter seine eigene Tochter, mit Handreichungsdiensten beschäftigt und wurde deshalb bestraft. Bekannt wurde der Fall dadurch, daß das fremde Kind in die Kreisstraße geriet und drei Finger verlor.“

Setzt so das Unternehmertum den Gesetzen und den Staatsbeamten hartnäckigen Widerstand entgegen, findet es doch bei den Aufsichtsbehörden mit den Rücksichten auf Bevölkerung von Ausnahmen das allerweitgehendste Entgegenkommen. Obwohl tausende Arbeiter vollständig beschäftigungslos waren, Rot und Elend infolge dessen weite Ver-

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Angaben 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellengelüste und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

breitung fand, wurden über den Umfang des Vorjahres hinaus Ueberstunden bewilligt. Sonntagsarbeit z. B. auf Grund des § 1051 der Gewerbeordnung, für 948 Betriebe mit insgesamt 515 328 Stunden und 47 946 Arbeiter, während im Jahre vorher sich dieser Begünstigung nur 711 Betriebe mit 428 169 Stunden für 40 555 Arbeiter erfreuen durften. Für Arbeiterinnen genehmigte die Polizei eine verlängerte Arbeitszeit an Sonnabenden in 8019 Fällen gegen nur 4646 Bewilligungen im Vorjahre. Die für Wochentage über die gesetzlich zulässige normale Arbeitszeit hinaus bewilligte Ueberzeitarbeit ergibt insgesamt für 34 777 Arbeiterinnen 470 123 Stunden gegen 328 120 Stunden für 21 007 Arbeiterinnen im Vorjahre.

Selbstverständlich war mit den bewilligten Ausnahmen der Hunger nach billiger weiblicher und kindlicher Arbeitskraft nicht befriedigt. Von seiner Angst vor drakonischen Strafen abgeschreckt, wurden die zum Schutze jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte erlassenen Schutzbestimmungen unbedenklich übertreten. Jedensfalls ist nur ein Bruchteil der Uebertretungen zur Kenntnis der Beamten gelangt. Verstöße gegen die zum Schutze jugendlicher Arbeiter erlassenen Bestimmungen ermittelten die Beamten in 5662 Anlagen, 1126 Personen wurden bestraft. Wegen Uebertretungen der als Arbeiterinenschutz gedachten Bestimmungen in 2925 Anlagen erlitten 607 Personen Bestrafungen.

Die von den Unternehmern bekundete Mißachtung der Gesetze, ihre Renitenz gegenüber den Beamten, findet nicht nur in der Zuborkommenheit der Behörden bei Bewilligung von Ausnahmen, sondern auch in der auffallenden Mißachtung der Gerichte, wenn sie wegen Uebertretung der Arbeiterschutzesetze zu urteilen haben, einen ergänzenden Beitrag zum Kapitel von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wie der Beamte des Arnberger Bezirks lakonisch — er darf ja nicht anders — mitteilt, sind wiederholte Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz mit — 3 bis 30 Mark — bestraft worden. Aus dem Bezirk Dresden wird berichtet:

In einem Bezirke waren vier Todesfälle die Folgen vorchriftswidrigen Abbaues. In einem dieser Fälle erfolgte Verurteilung des Ziegeleibesetzers zu 14 Tagen und des Ziegeleibesetzlers zu vier Wochen Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung. Zweimal wurde auf Freisprechung erkannt, und im vierten Falle kam es zur Einstellung des Verfahrens. Zu diesem unbefriedigenden Ergebnisse trug der Umstand wesentlich bei, daß der Gewerbeinspektor von den Vorgängen zu spät Kenntnis erhielt und die genaue Feststellung des örtlichen Zustandes nicht alsbald vornehmen konnte. Mehrere Betriebsleiter wurden mit 10 bis 30 M. bestraft, weil sie sich dieser Prüfung entzogen hatten und den Befähigungsnachweis nicht führen konnten. Zwei Arbeiter wurden in einem Steinbruch zu Beginn der Mittagspause vom Aufsichtsbewerker überrascht, als sie Sprengschüsse angezündet hatten, ehe sich die Belegschaft aus dem Bereich zurückgezogen hatte; das Schöffengericht erkannte auf je 6 M. Geldstrafe. Einem Unternehmer, welcher der Erfüllung einer auf die Herstellung von Schutzeinrichtungen gerichteten Verfügung Widerstand entgegengeleitet hatte, wurde gerichtlich eine Strafe von 10 M. zuerkannt.

Im Hildesheimer Bezirk wurde wegen fahrlässiger Tötung der Betriebsleiter einer Sandgrube zu zwei Monaten und der Besitzer und Schachtmeister eines Steinbruchs zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Für solche Strafe darf man nicht einmal einen Streifbrevier beleidigen. Das kostet mehr! Danach kann man ermessen, wie hoch bei uns Arbeiterleben und wie hoch — nicht vorhandene Streifbreviergelehrte geachtet wird. Recht delikate Gesichtchen weiß der Beamte des Bezirkes Minden zu berichten:

Weshalb wurde beobachtet, daß Spudnäpfe zum Anfeuchten der Tabakblätter demagt wurden. Zur Beseitigung der vorgefundenen Mißstände in den erwähnten 216 Betrieben mußten 61 polizeiliche Verfügungen auf Grund des § 120d der Gewerbeordnung erwidert und die Einleitung des Strafverfahrens gegen 24 Betriebsleiter und Betriebsmeister veranlaßt werden, 1008 abgegebene von den noch schwelenden Verfahren, die gerichtliche Verurteilung von 19 Personen zur Folge hatte; die erkannten Geldstrafen betragen sich zwischen drei und 30 M.

Nach Mitteilung aus dem Kasseler Bezirk wurde dort ein Unternehmer wegen „wesentlicher Verstöße“ gegen die Unfallverhütungsvorschriften mit sage und schreibe fünf Mark „bestraft“. In Schleswig wurden Unternehmer sogar zu der horrenden Strafe von — einer Mark verurteilt! Wegen Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz erkannten die Gerichte auf drei bis 15 M. Geldstrafe. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bis zu 16 Stunden täglich kostete hier — zehn Mark. Wegen Nachtbeschäftigung von Arbeiterinnen mußte ein Unternehmer fünf Mark zahlen; dasselbe kostete wiederholte unerlaubte Beschäftigung an Sonntagen. Wände spricht folgende lapidare Meldung des Dresdener Bergverwaltungsbeamten:

Wegen Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen und bergpolizeilichen Vorschriften, und zwar meist wegen fahrlässiger Tötung oder fahrlässiger Körperverletzung, wurden 40 Strafanträge gestellt. In fünf Fällen erfolgte Freisprechung und in 25 Fällen Verurteilung; in den übrigen zehn Fällen schwebt das Verfahren. Die höchste Freiheitsstrafe von drei Monaten Gefängnis erhielt ein Arbeiter wegen fahrlässiger Körperverletzung in Zaireinheit mit Bergesen gegen das Sprengstoffgesetz; die höchste Geldstrafe betrug 210 M. Ein Betriebsführer, gegen den wegen fahrlässiger Körperverletzung Strafantrag gestellt war, wurde freigesprochen.

Welche Verhütung muß es einflößen, daß wegen der schwereren Vergehen eine Höchststrafe von drei Monaten verhängt und — natürlich ein Arbeiter davon betroffen wurde. Die Erfahrungen, die das Unternehmertum mit den Gerichten machte, wenn es sich um freche Verletzung der Arbeiterschutzesetze handelt, zeigen direkt zu weiteren Uebertretungen auf. Stehen doch die Strafen gewöhnlich in gar keinem Verhältnis zu den Verbrechen, die man bei den Gesetzesübertretungen heraus schlägt. Der Arbeiterschutz in Preußen ist eines der am ärgsten vernachlässigten sozialen Elfenbein. Eine Besserung ist nur durch die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren zu erwarten.

Wie die besonderen Nachweisungen über die neuen Bestimmungen betreffend Regelung der Arbeitszeit in Hütten und Walzwerken ergeben, beträgt die tägliche Arbeitszeit hier im allgemeinen noch 12 Stunden, die nur in wenigen Fällen infolge der Pausen bis auf eine Arbeitsdauer von 10 Stunden hinabgeht. Die Ueberzeitarbeit ist außerordentlich stark an der Tagesordnung. In manchen Betrieben sind an die 90 Proz. der Gesamtarbeiterschaft gezwungen, Ueberstunden zu leisten, und machen diese vielfach bis zu 7/8 Stunden pro Tag und Mann aus. Die Feststellungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter hatten u. a. folgende Resultate: Der Beamte von Potsdam meldet:

Aus einer Unfallsanzeige ging hervor, daß in einer Brauerei jugendliche Arbeiter in der Nachtschicht beschäftigt wurden; eine Nachrevision bestätigte dies. Der Brauereiführer und der Werkmeister wurden zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Magdeburg wird berichtet, ein Mühlenbesitzer und ein Juckersfabrikant seien wegen verbotener Nachtbeschäftigung jugendlicher Arbeiter bestraft worden. In Walz- und Hammerwerken wurden 30 Jugendliche in regelmäßiger Tag- und Nachtschicht beschäftigt. Im Bezirk Lüneburg wurden 39 Jugendliche nachts beschäftigt. Wegen verbotswidriger Nachtbeschäftigung jugendlicher Arbeiter verurteilte das Gericht einen Mollereibesitzer zu 6 M. Strafe. Im Bezirk Münster beschäftigte ein Walzwerk 34 Jugendliche regelmäßig auch des Nachts. Das Gleiche gilt von 35 in Glashütten beschäftigten Jugendlichen. Aus dem Bezirk Düsseldorf wird mehrfach über verbotswidrige Nachtbeschäftigung jugendlicher Arbeiter berichtet. 23 Walz- und Hammerwerksbetriebe machten von der Vergünstigung, Jugendliche auch nachts beschäftigen zu dürfen, Gebrauch; infolgedessen arbeiteten hier 416 Jugendliche regelmäßig in Tag- und Nachtschicht. Im Arnberger Bezirk werden Jugendliche vielfach in Glashütten nachts beschäftigt, ferner in 23 Walzwerken, die 425 Jugendliche regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten lassen.

Die meisten Beamten glauben konstatieren zu können, daß die Nachtarbeit die Unfallgefahr nicht erhöhe, ja, es wird sogar die Ansicht ausgesprochen, nachts passierten relativ weniger Unfälle als bei Tage. Die Trinkwasser- und Abwasserreinigung wird im allgemeinen als befriedigend bezeichnet, dagegen fehlt es noch sehr viel an zweckentsprechenden Beseitigungsanlagen, Räumen zum Einnehmen von Mählzeiten und an Gelegenheiten, morgens vor Beginn der Arbeit ein warmes Frühstück einzunehmen, was besonders für Arbeiter, die bereits einen aufstrengenden Marsch zur Arbeitsstelle hinter sich haben, dringend wünschenswert ist.

Die Aufsichtsbeamten geben wiederholt der Ansicht Ausdruck, daß Unkenntnis über die gesundheitlichen Gefahren die bestehenden Mißstände und Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften vergrößere. Uns scheint: kostete die Beseitigung der Mißstände und die Beachtung der Arbeiterschutzesetze nichts, so brauchte man nicht über mangelnde Kenntnis zu klagen! In den allermeisten Fällen versteckt sich hinter der unschuldigen Erklärung, die Gesetze nicht zu kennen, bewußte Gesetzesverletzung aus ungezügelter Profitgier.

Solange das Preußenwahlrecht nicht gründlich demokratisiert wird, ist auch an eine gründliche Besserung und systematische Durchführung der Gewerbeaufsicht nicht zu denken.

## Ein bedeutender Erfolg.

Eine Privatbesuche aus New York meldet uns:

In Milwaukee hat die Sozialdemokratie einen ansehnlichen Erfolg errungen. Sie hat die Mehrheit im Stadtrat erobert. Zum Bürgermeister wurde Genosse Seidel gewählt. Der Sieg ist der Erfolg langjähriger unermüdbarer Organisationsarbeit.

So hat denn unsere amerikanische Bruderpartei ihren ersten großen Sieg errungen. Bisher schon war unsere Fraktion im Gemeinderat der zweitgrößten Stadt der Union in annähernd gleicher Stärke vertreten wie die beiden alten Parteien. Ihre Tätigkeit zum Besten der Einwohner, anstatt der gewöhnlichen Gaunerpolitik amerikanischer Stadtverwaltungen, namentlich ihr sorgfältiges Vorgehen im Schulvorstand, dem unter anderem Genossin Berger, eine Lehrerin, angehört, haben ihr das Vertrauen der Bevölkerung verschafft.

Milwaukee, die größte Stadt des Staates Wisconsin (im nördlichen Nordwesten), liegt nördlich von Chicago am mächtigen Michigansee. Im Jahre 1840 hatte es erst 1750, aber 1900 schon über 285 000 Einwohner. 1903 waren es 312 000, so daß jetzt nicht viel mehr als 400 000 fehlen dürfte. Es ist die deutsche Stadt der Union, mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Deutsche (1900 waren an 54 000 in Deutschland geboren). Es hat bedeutende Industrie (1900 über 3300 Betriebe mit über 48 000 Arbeitern und einer Produktion von über 600 Millionen Mark). Namentlich die Eisen- und Maschinenindustrie, Gerberei und Brauerei sind bedeutend. Die beiden Riesenbrauereien von Pilsen und von Schlitz erzeugen so viel Bier, wie sämtliche Münchener Brauereien zusammen; neben ihnen gibt es noch 7 andere.

Das deutsche Element hat ein rotes Vereinsleben entfaltet. Neben den rein bürgerlichen Turn-, Sängers- und sogar Kriegervereinen gibt es eine Reihe freidenkender, die mit der Arbeiterbewegung sympathisieren. Und diese selbst hat sich eine kräftige Organisation in engen Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Genosse Berger, ein Buchdrucker, redigiert das englische Blatt „Socialdemocratic Herald“, für das ein eigenes großes Gebäude errichtet wird, und die deutschen „Vorwärts“ und „Wahrheit“. Selbstverständlich bieten die Gegner, deren „prinzipielle“ Gegnerschaft zwischen Republikanern und Demokraten angeht, der Gefährdung der ganzen fetten Beute völlig zurücktrat, alles auf, um dem allmählichen und sicheren Wachstum unserer Bewegung zu begegnen. Sogar der katholische Erzbischof hat sich herbeigelassen, in einer Reihe von Vorträgen die verderblichen roten Verleumdungen zu widerlegen. Wie man sieht, mit bestem Erfolg.

Ueber den Wahlsieg war kürzlich in der „New Yorker Volkszeitung“ berichtet, daß unsere Genossen mit der größten Hingebung gearbeitet haben. So wurden am 10. März in wenigen Stunden, beginnend vor Tagesanbruch, 60 000 Flugblätter verteilt, die größte Zahl seit Bestehen der dortigen Partei. Vor den Fabriken wurden in der Mittagsstunde Flugblätter verteilt und Versammlungen abgehalten. Auch die polnischen Arbeiter, die bisher, hochwürdigster Anweisung folgend, immer demokratisch gestimmt hatten, sind grobenteils für die Partei gewonnen worden.

Der neue Bürgermeister ist Emil Seidel, ein Modelleur und, seinem Namen nach, wie Genosse Berger, ein Deutscher. Die Wahl hat angebracht das Erwachen, das sich jetzt in der ganzen amerikanischen Arbeiterschaft, dank bitteren Schlägen, zu vollziehen beginnt, eine große Bedeutung. Es wird propagandistisch wirken, eine Stadterneuerung an der Arbeit zu sehen, die weder den Diebstahl im großen betreibt, noch die Nachmittage der Gemeinde den Kapitalisten zur Niederknüppelung der Arbeiterforderungen zur Verfügung stellt. Eine der wichtigsten Forderungen unserer Genossen ist die Einführung der Schulpflicht. Die ethische Probe, die dort mit den sozialistischen Gegenwartsforderungen gemacht werden wird (an schönen Programmen lassen es auch die Gegner dort nie fehlen), wird weit über Wisconsin hinaus, das heute schon eine Reihe sozialistischer Landtagsabgeordneter und kleinerer Stadtverordnungen zählt, ausstrahlend wirken. Man darf nun auch erwarten, daß Milwaukee die Reihe sozialistischer Kongressmitglieder eröffnen wird.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. April 1910.

### Polizeibefürchtungen.

Die reaktionären Blätter scheinen, was ihr Verständnis für die gegenwärtige politische Lage anbetrifft, selbst hinter der Fassungskraft

des Berliner Polizeipräsidenten noch um etliche Nasenlängen zurückzubleiben, denn sie finden meistens, daß das polizeiliche Verbot der von dem Vorstande des Demokratischen Verbandes geplanten öffentlichen Wahlsrechtsversammlung im Humboldthain „durchaus sachgemäß“ und „angebracht“ sei. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ weisheitsvoll hinzusetzt, wäre solches Verbot von vornherein zu erwarten gewesen. Eine recht dumme Bemerkung; denn damit gesteht das Deutsche Intelligenzblatt selbst zu, daß nach seiner Ansicht lediglich politische Motive Herrn v. Jagow zur Genehmigungsbefugung bestimmt haben und die aufgestellte Flächenberechnung des Spielplatzes im Humboldthain nichts anderes als ein bloßer Vorwand ist. Vielleicht bildet man sich in gewissen Zeitungsredaktionen allen Ernstes ein, daß durch den stillen Schreiberbrief des Polizeipräsidenten an den Vorstand des Demokratischen Verbandes die Berliner Wahlsrechtsbewegung irgendwie gedemmt oder gehindert wird. Eine Illusion, die allem Anscheine nach selbst von der Berliner Polizeileitung nicht geteilt wird; denn, wie uns von einer Seite mitgeteilt wird, die es wissen dürfte, trifft die Polizei in aller Eile Vorbereitungen, um am nächsten Sonntagmorgen den ganzen oder einen großen Teil des Humboldthains ohne Aufseher absperrern zu können. Man fürchtet demnach, daß trotz des Verbots sich im Humboldthain Wahlsrechtspaziergänger zur Morgenpromenade einfänden könnten, obgleich es etwas unwahrscheinlich ist, daß die Bevölkerung des Nordens von Berlin partout das Verlangen hat, gerade im Humboldthain spazieren zu gehen.

Interessant ist jedenfalls, wie gering die Polizei ihre eigene Autorität einschätzt.

Der Demokratische Verband Groß-Berlin hat beschlossen, an Stelle der vom Polizeipräsidenten v. Jagow nicht genehmigten Versammlung im Humboldthain am Sonntag, den 10. April, mittags 12 Uhr eine Protestversammlung im Feenpalast in der Burgstraße abzuhalten.

### Er geht!

Der preussische Minister v. Nolde will sich der Behandlung entziehen, die ihm in letzter Zeit Zentrum und Konservative im preussischen Abgeordnetenhaus angedeihen ließen. Es haben sich also bei ihm die bekannten Gesundheitsrückichten eingestellt. Dieser Tage weilte er in Westfalen, wie es heißt, um ein Gut zu kaufen. Jetzt wird außerdem gemeldet, daß er sich längst mit dem Gedanken getragen habe, nach Erledigung der Wahlreform aus seinem Amte aufzusehden.

### Die Wahlsrechtsvorlage im Herrenhaus.

Das Herrenhaus beschäftigt nach der Korrespondenz Wolff die erste Lesung der Wahlsrechtsvorlage am 15. April zu beginnen. Die Wahlsrechtskommission des Herrenhauses wird ihre Arbeiten sofort in der dritten Aprilwoche aufnehmen, so daß noch vor Himmelfahrt im Herrenhause die Schlusslesung der Vorlage stattfinden kann.

### Herr Mugdan als Reichsverbändler.

Der in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Bürgerbote“ führt in einem Artikel den Nachweis, daß der von freisinnigen Politikern vertretene Standpunkt, daß dem Reichsverbande „ein ausländiger Mensch nicht angehören könne“, von einer Anzahl von freisinnigen Politikern unmöglich geteilt werden könne. Denn nicht nur der 1907 verstorbene freisinnige Abgeordnete Warbeck sei Mitglied des Reichsverbandes gewesen, sondern auch Herr Dr. Mugdan habe in sehr engen Beziehungen zum Reichsverbande gestanden. Er sei zwar nicht zahlendes oder eingeschriebenes Mitglied desselben gewesen, wohl aber Mitarbeiter an dem vom Reichsverband herausgegebenen „Handbuch für nicht sozialdemokratische Wähler“, jenem schmutzigen Nachwerk, das bei der letzten Reichstagswahl eine so beruhigende Rolle gespielt hat.

Das genannte Blatt veröffentlicht mehrere Briefe des Herrn Mugdan, die gleichfalls von seinen engen Beziehungen zum Reichsverband Zeugnis ablegen; so einen an Dr. Wedder gerichteten Brief, in dem es heißt:

„Mir schreibt heute Herr Wodenschen, den ich nach Ihrer Adresse fragte, daß Sie vielleicht in ein näheres Verhältnis zum Reichsverbande treten würden; das würde ich freudig begrüßen, besonders, wenn Sie dadurch nach Berlin überfödelten.“

Mit vorzüglicher Hochachtung und besten Grüßen  
Ihr ergebener  
(Bez.: ) Mugdan.

Eine unter Eid abgegebene Zeugenaussage lautet nach dem genannten Blatte folgendermaßen:

„Ich halte es auch persönlich wegen der Verschiedenheit in der wirtschaftlichen Auffassung und anderen politischen Fragen für einen Parlamentarier meiner Fraktionsgemeinschaft, obgleich ich selbst sehr scharfe Ansichten der Sozialdemokratie gegenüber entwickle, nicht angängig Mitglied des Reichsverbandes zu sein. Dagegen halte ich im übrigen die Mitgliedschaft von Parteigenossen mit unseren politischen Anschauungen für wohl vereinbar.“

Mit Recht meint der „Deutsche Bürgerbote“, daß es nach Herrn Dr. Mugdan also wohl zwei Sorten von Freisinnigen gäbe: die Parlamentarier, die nicht Mitglieder des Reichsverbandes sein könnten, und die freisinnigen Wähler, die ruhig die Auffassung des Reichsverbandes teilen und seine Mitglieder sein dürfen!

Die Mitteilungen des Blattes ergänzen in interessanter Weise das politische Charakterbild des braven freisinnigen Sozialistenbüblers!

### In den Spuren Jagows.

Die Bremer Polizeidirektion hat dem Berliner Polizeipräsidenten auch das Plakatieren abgesehen. Sie erließ folgende Warnung:

In Anlaß der Vorgänge der letzten Zeit weist die Polizeidirektion darauf hin, daß nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 10. April 1908 öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ohne Genehmigung der Polizeibehörde unstatthaft sind. Darunter fallen auch Aufsammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, die zum Zwecke einer Demonstration veranstaltet werden.

Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegen Zuwiderhandlungen gegen das Reichsvereinsgesetz, bedenklichen gegen sonstige Ausbreitungen zum Zwecke oder in Anlaß einer Demonstration auf das nachdrücklichste einzuschreiten.

Unbefugten wird anheimgegeben, etwaigen Aufsammlungen und Umzügen möglichst fern zu bleiben.

Bremen, den 6. April 1910.

Die Polizeidirektion.

Anlage zu dieser Vergewaltigung des Vereinsgesetzes war offenbar eine Wahrscheinlichkeitsrechnung, die zum Mittwochsabend einberufen war und für die Genossin Eugenborg als Referentin angelündigt war.

### Wahlrechtsreform in Anhalt.

Der anhaltische Landtag nahm mit den Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf Einführung der direkten Landtagswahl in den Städten gegen die Stimmen der Konserverbäuer an. Lehnte aber den Antrag auf Einführung der direkten Wahl auf dem platten Lande sowie den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Verbindung mit dem Proporzwahlrecht ab. Der Staatsminister gab die Erklärung ab, daß er nach vor Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode dem Landtage eine Vorlage bezüglich der Abänderung des Wahlrechts unterbreiten werde.

### Die Reichstagsersatzwahl in Posen.

Das Intrigenpiel der Polenpartei bei der Posener Ersatzwahl wird mit jedem Tage interessanter. Am 8. April ist die Wahl, und heute wissen die Polen noch nicht, wen sie wählen sollen. Die von dem Wahlkomitee beratenden polnischen Wählermassen wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Kandidatur Sosinski's. Am Montag tagte in Posen eine allgemeine polnische Wählerversammlung, in der es zu recht turbulenten Szenen kam. Der größte Saal Posens, der Saal des Zoologischen Gartens, war von etwa dreitausend Personen besetzt, so daß die Polizei den Saal abgesperrte. Bald aber wurde die um das Stabissement postierte Schutzmannsleiste durchbrochen und die Polizei über den Haufen gerannt. Alles drängte in den Saal. Als Sosinski sprechen wollte, wurde er niedergeschrien. Dann mußte das Wahlkomitee von der Bühne herunter. Vertreter der demokratischen Richtung übernahmen den Vorsitz. Von einem Redner wurde darauf gegen Sosinski der Vorwurf erhoben, er habe gegen Bezahlung der preussischen Polizei geheime Protokolle ausgeteilt und sei als Polizeispion tätig gewesen. Der energische Aufforderung, sich von diesem Vorwurf zu reinigen, kam Sosinski nicht nach. Pöbellich wurde von der Bühne herab die Schutzmannsleiste zum zweitenmal gesprengt, die Türen eingebrochen und — der nominierte Kandidat Sosinski von der Rednertribüne heruntergejagt. Bei seiner Flucht rief er: „Nacht was Ihr wollt und wählt wen ihr wollt!“ Darauf versuchte ein Vertreter der Polpartei die Situation zu reiten, wurde aber sofort ergriffen und von der Bühne heruntergeworfen. Zum Schluß wurde noch ein Brief Sosinski an den „Demokraten“ Rowicki verlesen, in welchem dieser ersucht wird, auf eine etwaige Kandidatur zu verzichten, da man ihn sonst — er ist Vorsitzender der polnischen Gewerkschaften — maßregeln würde.

### Neu jüngere Linie.

In der gestern erschienenen Nummer der russischen Gesellschenschaft gibt das Ministerium bekannt, daß der Erzbischof infolge eingetretener dauernder Verhinderung des Fürsten in der Führung der Regierung sich genötigt gesehen habe, die Regentenschaft des Fürstentums zu übernehmen. Die Übernahme der Regentenschaft ist, soweit sie die Regierung des Landes betrifft, nur von formeller Bedeutung, da der Erzbischof die Regierung schon seither, wenn auch in anderer Eigenschaft, nämlich als bevollmächtigter Stellvertreter des Fürsten, geführt hat.

### Geistige Waffen im Wahlkampf.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ berichten aus Jabi-Lowo: Bei einer hier stattgefundenen, von den Sozialdemokraten einberufenen Wählerversammlung, zu der meist Gegner erschienen waren, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Als die Einberufer der Versammlung und die Redner, Genossen Lebitz aus Bromberg und der sozialdemokratische Nichttagskandidat Genosse Matuzajewski sich nach Hause begeben wollten, wurden sie von einer Horde junger Burschen mit Steinen und Faustläppen angegriffen. Die Angefallenen konnten sich nur durch die Flucht vor Mißhandlungen retten.

### Gemaßregelte Richter.

Die „Hessische Landeszeitung“ teilt mit, daß der Kaffee Oberlandesgerichtspräsident gegen einen Affektor das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung u. a. deshalb eingeleitet hat, weil der Affektor — Polen hat hochleben lassen. Der Vorfall reiht sich ähnlichen Verfolgungen liberaler Richter in Preußen während der 60er Jahre und später würdig an und zeigt, wie notwendig die Erfüllung der von der Sozialdemokratie wiederholt erhobenen Forderung ist, den Richter gegen Verfolgung wegen seiner religiösen und politischen Ansicht und Betätigung durch Vorschriften im Gerichtsverfassungsgesetz zu schützen.

### Die Geheimnisse des Wasserlochs.

Man schreibt uns aus Danzig: Wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, beschäftigt die kaiserliche Werkstätte auf dem Holzgelände befindliche Wasserloch, in welchem Arbeiter auf Befehl der Vorgesetzten wertvolle Gegenstände, wie Kupferrohre, Eisen und Messingstangen, Segeltücher usw. hineinwerfen mußten, zuzuschütten. Verhandlungen hierüber sind zwischen dem Verwaltungsdirektor Rabus und dem Artilleriechef Gradow gepflogen worden. Die Zuschüttung wird die Werkstätte in eigene Regale überführen, und zwar werden Schladen und Sand und dergleichen mit Fuhrwerken, die dem Verwaltungsdirektor der kaiserlichen Werkstätte unterstehen, den Transport nach dem Wasserloch ausführen. Es ist kaum anzunehmen, daß das Reichsmarineamt seine Zustimmung dazu geben wird, ohne vorher den Graben mit geeigneterem Werkzeug und von Fachleuten nochmals, aber gründlicher als das erstmal, durchsuchen zu lassen! Die erste Durchsuchung des Grabens, die auf Veranlassung des Reichsmarineamts erfolgte, nachdem der Genosse Seering in der Budgetkommission diesen Vorfall zur Sprache brachte, war eine mangelhafte, und ebenso mangelhaft waren die dazu verwandten Werkzeuge. Trotzdem wurden die oben genannten Gegenstände gefunden und nach Angabe des Staatssekretärs v. Tirpitz — nach Frankenthaler Freistabelle für Aluminium — mit 11,80 M. bewertet. Statt den Graben auszukümpfen, wie es der Genosse Seering verlangte, soll er im beschleunigten Tempo geschüttet werden, um diesen Schandfleck ganz vom Erdboden zu vertilgen. Das Reichsmarineamt dürfte jedoch, was dringend zu wünschen wäre, zu der Ueberzeugung kommen, daß es eine Kleinigkeit ist, das Wasserloch auszukümpfen. Diese Ansicht teilt auch ein höherer Beamter der Werkstätte, der das Wasserloch an sah und erklärte: „In einem Tage ist der Graben ausgepumpt!“ Hoffentlich tut das Reichsmarineamt und reinigt die Arbeiterchaft von dem Verdacht, daß sie Gegenstände nach dem Graben gebracht hätten, um sie später wieder herauszuholen.

### Wahlrechtsdemonstranten vor Gericht.

Die Straßendemonstrationen am 13. Februar in München I. H., die infolge des rücksichtslosen Draufgehens von Polizei und Gendarmen von mittags bis spät abends dauerten, fanden am Dienstag ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Gegen sieben Straßendemonstranten in Höhe von 10 M. wegen Hochverrats und angedeuteten Schreiens war gerichtliche Einlieferung beantragt worden. Bei zwei Demonstranten, die ihre Hochrufe nicht abstritten, wurde grober Unfug für vorliegend angesehen und die Strafe bestätigt. Trotz des bekannten Kammergerichtsurteils führte das Gericht aus: „Ein Jug sozialdemokratischer Demonstranten sei ohne Rücksicht, ob los oder geschlossen, Verübung groben Unfugs.“ In vier Fällen mußte Freisprechung erfolgen, da die Schulden ihre Angaben auf Geratewohl erlittet hatten und in der Verhandlung nicht sicher waren, daß die von ihnen Beschuldigten auch tatsächlich die Schuldigen waren.

### Konfessionelles Wurstpapier.

In dem ultramontanen „Lauter- und Krankenboten“ ist eine bringliche Mahnung an die christkatholische Bevölkerung enthalten, nur die asienfeligmachende Zentrumpresse zu lesen. Dabei heißt es: „In ein katholisches Haus gehört auch eine katholische Zeitung. Auch das laufende Publikum soll darauf sehen, daß es keine Ware bei Wiedern, Messern und Kaufleuten in Zentrumpressen eingepackt bekommt.“ — Das konfessionelle Wurstpapier ist gewiß eine der schönsten Errungenschaften unserer modernen Zeit.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Budapest, 3. April. (Fig. Ver.) Heute vormittags fand im großen Saale der Pesther Redoute eine Versammlung zum Zwecke des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts statt, an der überaus zahlreiche Angehörige aller Schichten des Mittelstandes, der bürgerlichen Kreise sowie der Industrie- und der Handelswelt teilnahmen. Auch viele Anhänger der Sozialdemokratie hatten sich eingefunden. Der Saal und die Galerien waren dicht gefüllt. Zum Vorsitzenden wurde der Vizebürgermeister von Budapest Julius Rozsavolgyi gewählt. Im Namen des einberufenden Komitees wurde der Versammlung folgender Beschlusantrag unterbreitet:

Die große Versammlung der Budapestier Wähler erklärt als erste und dringendste nationale Reform die Verwirklichung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens können nur eine wirkliche Volksvertretung und die Verfassung nur unter dieser Bedingung stark, widerstandsfähig und unumstößlich sein. Zweitens kann das Unabgeklagte zwischen Politik und praktischem Leben nur ein solches Parlament bilden, in welchem auch die Vertreter der mit den ersten Sorgen des Lebens kämpfenden breiten Schichten des Volkes ihren Sitz haben. Drittens wird die Bürgerklasse nur dann ein entscheidender politischer Faktor werden, wenn sie, die große Solidarität der arbeitenden Bürger fühlend und verstehend, sich mit ihren rechtlosen Brüdern vereinigt.

Indem wir diesen Beschlüssen folgen, folgen wir den Traditionen des ungarischen Mittelstandes und der Intelligenz. Jene Intelligenz, deren Führerrolle nur durch Privilegien und künstliche Mittel aufrecht erhalten wird, ist dieses Namens unwürdig. Die wirkliche Intelligenz fürchtet sich vor dem Volke nicht, da sie mit intellektueller und moralischer Kraft, mit einer von Tag zu Tag sich wiederholenden ehrbaren, öffentlichen Tätigkeit die Führerrolle erkämpft.

Aus diesen Gründen fordern wir nachdrücklich das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht und machen zugleich auch das Land darauf aufmerksam, daß die Verkörperung der Führerrolle der nationalen Idee und der Intelligenz bisher die wirklichen Träger des Ungarns und der Intelligenz, die Städte, durch die Einteilung der Wahlbezirke in den Hintergrund gedrückt haben.

Zu dem Beschlusantrag ergriffen die Vertreter der verschiedenen Stände, der Mittelschicht, des Handels und der Industrie, das Wort. Die Ausführungen für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wurden häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Der Beschlusantrag wurde angenommen, worauf die Versammlung unter Absingung der ungarischen Nationalhymne geschlossen wurde. Beim Verlassen des Lokals sangen die Sozialdemokraten Arbeiterlieder.

### Italien.

#### Das Mandat von Turin verloren.

Rom, 4. April 1910. Bei der gestrigen Ersatzwahl in Turin ist der Wahlkreis, der bisher von dem Sozialisten Rossi vertreten war, unserer Partei verloren gegangen. Der Parteikandidat, Gen. Todeschini, erhielt 3743 Stimmen, sein bürgerlicher Gegner 4187, ein radikaler Kandidat 288, während 143 Stimmen gesplittet wurden. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß Stichwahl proklamiert wird. Bei den allgemeinen Wahlen im vorigen März hatte Genosse Rossi 4241, der bürgerliche Gegner 3757 Stimmen erhalten.

### England.

#### Zur Lage.

London, 5. April. Im Unterhause brachte Asquith heute die sogenannte Guillotine-Resolution ein, die die Debatte über die Vetoresolutionen auf fünf Tage beschränkt und kündigte an, daß nach Annahme der Vetoresolutionen eine auf ihnen beruhende Bill eingebracht werden würde. Die Opposition drängte ihn, zu erklären, ob die Bill durch alle Stadien im Unterhause gebracht werden sollte, worauf Asquith erwiderte, man dürfe nicht annehmen, daß die Regierung die Bill unter allen Umständen durch alle Stadien bringen wolle, ohne Rücksicht darauf, was sich etwa ereignen könnte. Er wiederholte dann seine frühere Erklärung, daß die Regierung nicht beabsichtige, Sand zu pflügen, und daß sie die Resolutionen den Lords überweisen wolle. Der Sprecher der Opposition befaßte sich darüber, daß die Regierung die sogenannte Guillotine damit rechtfertigte, die Resolutionen wären nur etwas Vorläufiges, daß sie die Resolutionen aber den Lords so unterbreiten wolle, als ob sie die fest bestimmte Meinung des Unterhauses darstellten. Asquith kündigte ferner an, daß die Regierung am 18. April eine Guillotine-Resolution bezüglich des Budgets vom letzten Jahre vorzulegen werde, und daß sie dann mit dem Budget und einer zweiten Abschlagsbewilligung fortfahren werde. Er hoffe, daß das Haus sich später zu Frühjahrssitzungen werde vertagen können.

Die letzte Ankündigung Asquiths scheint anzudeuten, daß die Krise nicht vor Ende Mai oder Anfang Juni eintreten wird.

Das Unterhaus hat die Guillotine-Resolution mit 217 gegen 133 Stimmen angenommen.

### Finland.

#### Gegen den russischen Rechtsbruch.

Helsingfors, 6. April. In der heutigen Sitzung des Landtages charakterisierte der Sozialdemokrat Jrie Mjakein in ungewöhnlich scharfer Rede den Gesetzesentwurf über Finland als eine Staatsumwälzung. Der Redner verlangte die Ueberweisung der Vorlage, obgleich sie sofort abgelehnt werden müßte, an eine Kommission, damit diese auf den ungeheuerlichen Charakter der Vorlage hinweise. Der Abgeordnete Danielson kritisierte die Vorlage vom historischen Standpunkte aus und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das finnische Volk ungeachtet des Parteihaders und anderer Fehler fest bleiben und seine Existenzberechtigung beweisen werde. Der Agrarier Kallio betonte in starken Ausdrücken, die Vorlage werde in Finland niemals Gesetz werden, es sei eine Verhöhnung des Landtages, von ihm ein Gutachten in einer Frage zu verlangen, die von Russland entschieden werde.

### Türkei.

#### Der Zustand in Albanien.

Konstantinopel, 6. April. Wie die Blätter melden, hat die Regierung beschlossen, außer den vom 3. Armeekorps bereits nach Speke entsandten sechs Bataillonen weitere acht Bataillone von Konstantinopel dorthin zu schicken.

### Aus der Partei.

#### Die Wirkung des Schnapsboykotts.

In der soeben erschienenen Tätigkeitsübersicht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für das Jahr 1909 heißt es im III. Teil des Berichts über die Tätigkeit des Zentralausschusses Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine unter den Jahresberichten über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Erwerbszweige im Jahre 1909 im Abschnitt Spirituosenbranche:

Natürlgemäß ist der Umsatz vor Eintritt der Steuer (der Branntweinsteuererhöhung) groß gewesen, und dann kam der Rückschlag. Unsere ganze Branche liegt danieder und der Konsumrückgang, der bei einer Steuererhöhung von 70 Mark im Jahre 1887 30 Proz. betragen hatte, belief sich im Jahre 1909 auf circa 40 Proz. Vor allem hat der Boykott seitens der sozialdemokratischen Partei enorme Schädigungen zugefügt.

Das Privatmonopol der Branntweinbrenner ist durch die neue Gesetzgebung gestärkt worden, und es ist daher bei dem Konsumrückgang stets mit hohen Rohstoffpreisen zu rechnen. Ein gewisser Ausgleich ist für unsere Branche im vergangenen Jahre dadurch erzielt worden, daß der Konsum an Frucht-säften und Fruchtfabrikaten bedeutend zugenommen hat.

Die Entwicklung des Geschäfts in den beiden ersten Monaten 1910 war für die Spirituosenbranche wenig erfreulich. Es hat sich nicht nur die erhöhte Branntweinsteuer und der seitens der Sozialdemokratie proklamierte Spirituosenboykott weiter geltend gemacht, auch der milde Winter hat das feine dazu gelang, den Verbrauch an Spirituosen in sehr engen Grenzen zu halten. . . .

Dieses Zeugnis wird den Genossen jedenfalls ein Ansporn sein, den Schnapsboykott mit Nachdruck weiterzuführen.

#### Zur Reisefeier

hat unsere Lägerer Parteiorganisation am Montag beschlossen, das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel zu eruchen, die Reisefeier noch auf die Tagesordnung des diesjährigen internationalen Kongresses zu setzen, damit in Kopenhagen endlich einmal Arbeit in dieser Frage geschaffen wird. Ferner beschlossen die Lägerer Genossen, am 1. Mai auf einem öffentlichen Platz vor der Stadt eine große Demonstrationssammlung abzuhalten, an die sich ein Festzug anschließen soll.

Personalien. Am 1. April ist Genosse Apel aus der Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“ geschieden und hat den Posten des Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Erfurt zu Erfurt übernommen.

Die Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“ übernimmt zum 1. Mai Genosse Kleinschneid aus Erfurt. Wid darin haben die Genossen Wiehle und Pabst die Stellvertretung übernommen.

Der in Bremen gemahregelte frühere Lehrer, Genosse G. Döring, tritt zu Anfang April als Volontär in die Redaktion des „Hamburger Echo“ ein.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Eine angeblühete Richterbeleidigung.

Wegen Beleidigung eines Offenbacher Richters stand dieser Tage Genosse Klug vom „Offenbacher Abendblatt“ vor der Strafkammer. Im Hessischen Landtag hatte seinerzeit der Genosse Ulrich gesagt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse die Richter in Offenbach korumpierten, so daß in politischen Prozessen gegen Sozialdemokraten Faltsprüche zustande kommen. Der Amtsrichter Meyer zu Offenbach fühlte sich getroffen und schrieb in bestiger Weise an Genossen Ulrich. Nachdem mehrere Schreiben gewechselt waren, brach Herr Meyer die Korrespondenz brüsk ab. Genosse Ulrich unterbreitete das Verhalten des Herrn Richters dem Urteil der Öffentlichkeit in einem offenen Briefe im „Offenbacher Abendblatt“. Dabei wurde die Korrespondenz veröffentlicht. Das nahm ein bürgerliches Blatt Offenbach zum Anlaß, das „Abendblatt“ anzugreifen, das in einigen Artikeln erwiderte. Durch die Veröffentlichung der Korrespondenz und die Artikel des „Abendblatt“ fühlte sich Amtsrichter Meyer beleidigt. Die Verhandlung förderte manderlei Interessantes zutage. So wurde festgestellt, daß der Amtsrichter Dr. Seibert, der als Registerrichter bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Zeitung des Offenbacher Konsumvereins angeregt hatte — die Untersuchung ist negativ verlaufen, da nichts Strafbares vorgekommen ist —, nach der Befragung des Staatsanwalts Hr. Aull, ein „ungewöhnlich persönliches Interesse“ an der Verfolgung der Konsumvereinsleitung gezeigt hat und sogar durch ein persönliches Schreiben in dieser Sache auf den Staatsanwalt einzuwirken gesucht hat. Weiter wurde festgestellt, daß Amtsrichter Meyer in einer Klage zweier sozialdemokratischer Stadtverordneten gegen einen nationalliberalen Politiker, der sie des Eigennutzes beschuldigt hatte, in der Urteilsbegündung sehr scharfe Wendungen gegen die Kläger gebräucht und in durchaus einseitiger Weise alle Momente, die für ihre Klage sprachen, unterdrückte. Derselbe Richter hatte gegen den Medaltour Genossen Hirsch vom „Abendblatt“ einen Strafentwurf gestellt, hielt sich aber kurz darauf für „unbefangene“ genug, um einen Prozeß gegen Hirsch zu leiten. Auch ergab sich, daß kurz vor den Landtagswahlen die Termine für politische Prozesse sich auffällig häuften. Trotz aller dieser und anderer gravierender Tatsachen erkannte das Gericht gegen den Genossen Klug auf 500 Mark Geldstrafe. Es hielt nichts für erwiesen und außerdem die Richter für formal beleidigt. Nebenbei wurde der Kläger Meyer wegen Ungebühr, die er durch eine Beleidigung des Verteidigers Dr. Rab verübt hatte, zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

### Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

#### Streik der Kinder am Theater.

Im Jittauer Stadttheater haben kürzlich schulpflichtige Kinder, die in Theatervorstellungen mitwirkten, die Arbeit wegen Lohnminderungen eingestellt. In der bekannten Operette „Die geschiedene Frau“ wird ein holländischer Tanz vom ganzen Chorpersonal ausgeführt, worunter auch 10-15 Kinder jeglichen Alters mitwirkten. Vor einigen Tagen wurde die Operette zum 16. Male gegeben; doch plötzlich freizeten die Kinder und wollten nicht mehr tanzen. Sie verlangten vom Direktor Greiner pro Stopf 4 M. für das Tanzen, das die Kinder auch rechtlich verdienen. Auf die einzelne Vorstellung entfielen 25 Pf. für ein Kind; ferner opfern die Kinder die halbe Nacht dabei. Bisher hatten die Kinder für ihre Mitwirkung in der Theaterdarstellung nichts erhalten. Theaterdirektor Greiner verhandelte bis zu ihrem Auftreten mit den Kindern, und als er sah, daß die „Streikenden“ von ihrer Forderung nicht abgingen, sondern vom Meinigen bis zum Größten treu und fest zusammenhielten, gab der Direktor nach. Dann erst gingen die jugendlichen Streiker wieder an ihre Arbeit. — Würden die Erwachsenen am Theater ebenso entschlossen zusammenhalten, wie hier die Kinder, so würden bald manche Theatermißstände beseitigt werden.

## Gewerkschaftliches.

### 150 000 Mitglieder im Fabrikarbeiterverband!

Nun kann auch der Fabrikarbeiterverband nach dem Zurückgehen der industriellen Krise von einer stillen organisatorischen Vorwärtsbewegung berichten. Die beiden ersten Monate dieses Jahres brachten dem Verbande einen Zuwachs von rund 5000 Mitgliedern, der Monat März allein dieselbe Zahl. Am Schluß des ersten Jahresfinst seit Gründung des Verbandes waren erst wenig über 5000 Mitglieder gewonnen, am Schluß des zweiten waren es schon fast 25 000, am Schluß des dritten mehr als 50 000 und heute, kurz vor Abschluß des vierten Jahresfinst zählt die Organisation 150 000 Kämpfer und Kämpferinnen. Doch ein großes, unbeachtetes Feld bietet sich dem Verbande noch zu organisatorischer Ausdehnung. Waren doch nach der letzten Volkszählung in Ziegeleien, Zement-, Gips- und Kalkfabriken 283 260 Hilfsarbeiter beschäftigt; in der chemischen Industrie, einschließlich der Seifen- und Lackfabriken 102 022, in Papierfabriken 89 874, in Lederfabriken 29 006 und in Gummi- und Linoleumfabriken 23 210 Arbeiter beschäftigt. Das sind rund 600 000 Arbeiter in den Industriezweigen, aus denen sich die Mitglieder des Verbandes hauptsächlich rekrutieren. Die reguläre Auflage des Verbandsorgans beträgt nur 150 000 Exemplare. Diese Zahl deckt sich mit der Zahl der Mitglieder, da der Verband noch die „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder und das polnische und italienische Gewerkschaftsblatt an männliche Mitglieder abgibt, insgesamt 7000 Exemplare. Aus Anlaß dieser nun erreichten hohen Mitgliederzahl erscheint „Der Proletarier“ in doppelter Auflage als Agitationsnummer ausgestattet. Möge sie gute Wirkung haben und die meist unter besonders schlechten Arbeitsverhältnissen ausgebeuteten Fabrikarbeiter in noch größerer Anzahl unter die Fahne der Organisation rufen, um die Mitgliederzahl von 200 000 baldigst voll zu machen.

#### Berlin und Umgegend.

### Das Reichsamt des Innern und der Kampf im Baugewerbe.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, hat der Staatssekretär des Reichsamts des Innern vor Freitag eine Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter zusammenberufen, in der versucht werden soll, eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen. Man hofft bestimmt, daß diese Einigungsbestrebungen wenigstens für Berlin von Erfolg begleitet sein werden.

**Wähtung, Schuhmacher!** In der Schuhfabrik von Spiegel, Greifswalder Straße 24, sind wegen Lohnabzüge Differenzen entstanden. Wir ersuchen dieses zu beachten.  
Schuhmacherverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Wähtung, Maser!** Ueber die Firma H. G. Dirksen, Hannover, welche im Neubau des königlichen Polizeipräsidiums in Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Platz, die Malerarbeiten ausführt, ist wegen Nichtbezahlung der tarifmäßigen Löhne seitens des Erstarbigen für das Malergewerbe zu Berlin die Sperre verhängt worden.  
Da die Firma Dirksen auch außerhalb Berlins gegenwärtig größere Arbeiten ausführt, wird die arbeiterfreundliche Presse um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.  
Krusse, Obmann der Arbeitgeberbesitzer.  
Klotz, Obmann der Arbeitnehmerbesitzer.

**Wähtung, Metallarbeiter!** Der Streik bei Veltex u. Schneebogel in Reinickendorf-West ist durch Verhandlungen beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutsches Reich.

### Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

Die Streiks in Liegnitz und Hof dauern unverändert weiter. Streikbrecher sind so gut wie gar nicht vorhanden. In ersterem Orte sind erneute Verhandlungen eingeleitet worden. In Forst, Rübberg und teilweise auch in Guben sind die Töpfer ausgespart worden. Jedoch sind in allen drei Orten durch die Organisationen neue Verhandlungen angedacht worden. — In München wurde ein neuer Offensivtarif vereinbart. Die Arbeitslöhne wurden um 5 bis 10 Proz. erhöht, die Stundenlöhne die früher 45 bis 75 Pf. betrugen, auf 60 bis 80 Pf. normiert. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf 8½ Stunden festgesetzt.

Eine Lohnbewegung der Rostocker Offensiver brachte eine Reihe von Aufschlägen der Affordpositionen, sowie 2 Pf. Aufschlag pro Stunde bei Lohnarbeit. — In Magdeburg brachten Tarifverhandlungen Erhöhungen des Affordtarifs um 5 bis 7 Proz., sowie Verbesserungen einer Reihe von Nebenpositionen. Die Stundenlöhne wurden in der Weise verbessert, daß für die Dauer des Tarifes innerhalb drei Jahren eine progressive Aufbesserung von 10 Pf. eintritt. — In Neustadt, Opatowitz und Briesen in Oberschlesien wurden verbesserte Lohnsätze geschaffen. In ersterem Orte betragen die erreichten Lohn erhöhungen 5 bis 8 Proz., in Opatowitz 8 bis 25 Proz. und in Briesen 8 bis 12 Proz.

150 Schlepfer vom Delbrüdschacht in Malschau sind in den Ausstand getreten. Bei der geringen Frühlicht fehlten 200 Mann, und die Arbeitswilligen wurden an der Aufnahme der Arbeit gehindert. Der Grund zu dem Ausstand ist Unzufriedenheit mit den neuen Arbeitsbedingungen, durch die sich die Bergleute benachteiligt fühlen.

Die Maler von Hoyerwerda stehen in einer Lohnbewegung. Es werden von Seiten der Meister überall Arbeiter gesucht. Zugang ist fernzuhalten.

130 Transportarbeiter sind in Wilhelmshaven zwecks Lohnhöhung in den Ausstand getreten. Mehrere Firmen haben bereits bewilligt. Einem Unternehmer ist bereits Militär zur Verfügung gestellt worden. Der Arbeitgeberverband, dem die Führer angehören, droht mit einer Aussperrung der noch Arbeitenden, falls nicht sofort die Arbeit wieder aufgenommen wird.

#### August Scherls Tariftreue.

August Scherl hat vor Jahren auch den Verlag von Ernst Reil in Leipzig (Gartenlaube) übernommen. Als nun die Leipziger Buch- und Steinindustrie-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Herbst 1906 in einer Tariftbewegung standen, schlossen sie am 22. November 1906 vor dem Abschluß des für ganz Leipzig geltenden, am 1. Januar 1907 in Kraft tretenden Tarifvertrages, einen Sondervertrag mit der Firma August Scherl (Ernst Reil Nachfolger in Leipzig) ab, der bis um zwei Mark höhere Lohnsätze vorsah als der allgemeine Tarif. In diesem war aber unter anderem auch bestimmt, daß bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Als aber im Februar 1908 zwischen dem Hilfsarbeiterverbande und der Firma August Scherl einige Meinungsverschiedenheiten ausbrachen, legte die Firma August Scherl am 15. Februar den Sondervertrag, also die bestehenden besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach außer Kraft. Sie fühlte sich dazu berechtigt auf Grund einer Erklärung (!) eines Schiedsgerichtsvertreter der Prinzipale (!), daß mit dem 1. Januar 1907 der Sondervertrag außer Kraft getreten sei; außerdem berief sie sich darauf, daß der (inzwischen verstorbene) Oberfaktor Müller, der den Sondervertrag mit dem Hilfsarbeiterverbande unterzeichnet hatte,

zum Abschluß des Vertrages nicht vollmächtig gewesen sei. Trotzdem hat aber der Sondervertrag 17 Jahre lang im Betriebe von Aug. Scherl in Leipzig Geltung gehabt. Das durch den Tarifvertrag vom 1. Januar 1907 geschaffene Tariffchiedsgericht ist nun Scherl zu Hilfe gekommen. Es entschied zwar, daß der Abschluß des Tarifvertrages durch den Oberfaktor Müller nach § 54 des S. G. V. rechtsgültig erfolgt sei, auch, daß trotz des allgemeinen Leipziger Tarifs die Sonderabmachungen Geltung hätten, aber da der Hilfsarbeiterverband erst im März 1910 das Schiedsgericht angerufen habe — das nach Behauptungen des Verbandes aus mehreren Gründen nicht früher angerufen werden konnte — sei dies zweijährige Schweigen als Zustimmung zur Aufrechterhaltung des Sondervertrages vom 23. November 1906 zu deuten. Auf diese Weise — die Entscheidung des Schiedsgerichts fiel durch die Stimme des Vorsitzenden — ist Scherl formell ins Recht gesetzt worden, wo er materiell vollständig im Unrecht ist. Die Firma Scherl hat in Leipzig durch die Aufhebung des Sondervertrages nach den Berechnungen des Hilfsarbeiterverbandes in den beiden Jahren etwa 4—5000 M. „gespart“. Dieses neueste „System Scherl“ erweist sich also ebenso profitabel wie die übrigen Scherlschen „Systeme“!

### Lohnbewegungen in den Leipziger Lederwarenfabriken.

Die Arbeiter der Welfirma Moritz Rädler in Leipzig-Lindenu, Lederwarenfabrik, stehen in einer Lohnbewegung. Nach jahrelangen Bemühungen ist es endlich gelungen, die Organisation in diesem Betriebe zu befestigen. Nur einige — die alten Jubilare — stehen ihrer Berufsorganisation noch fern. In den letzten Tagen haben wiederholt Verhandlungen mit Herrn Rädler stattgefunden, die zu einem befriedigenden Resultate noch nicht geführt haben. Eine gutbesuchte Betriebsversammlung nahm eine Resolution an, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß Herr Rädler die Forderungen der Arbeiter, insbesondere in bezug auf die Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Affordlöhne und Bildung eines Arbeiterausschusses berücksichtigen möge. Die endgültige Entscheidung behalten sich die Arbeiter noch vor.

In der Lederwarenindustrie Leipzigs stehen sämtliche Arbeiter der Firmen V. G. Kiehm, beide Kiehmans, J. G. Richter, Regenhagen, Sagonia und Winterstein im Ausstand. Die Arbeitgeber suchen unter Versprechungen hoher Stundenlöhne Arbeiter in allen Großstädten. Bei dem Stand der Organisation unter den Reisepartikelfabrikanten und Portefeuliers dürften diese Anstrengungen vergeblich sein. Da auch die Gefährtattler und Treibriemenarbeiter in der Lohnbewegung stehen, so ist aller Zugang von Sattlern und Portefeuliers von Leipzig streng fernzuhalten.

### Die Gelben werden rebellisch.

Die Protektoren der gelben Arbeitervereine in Augsburg erleben an ihren Gründungen keine rechte Freude. Die zunehmende Teuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die unwürdige Behandlung der Arbeiter in den Fabriken und die fortwährenden Lohnabzüge rufen von Tag zu Tag größere Unzufriedenheit unter den gelben Mitgliedern hervor und kein Beschwichtigungsversuch will mehr verfangen.

Besonders heftig macht sich die Erregung unter den Textilarbeitern geltend, die man ebenfalls zum größten Teile in die gelben Vereine gepreht hat. In der Weberei Rosenau, einer Abteilung der Mechanischen Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg ist es bereits zu einer Arbeitsniederlegung der Gelben gekommen. Infolge empfindlicher Abzüge, die den Leuten gemacht worden sind, stellen sie einmütig die Arbeit ein, und erst nach einigen Stunden, als die Direktion die Erfüllung der Wünsche in Aussicht gestellt hatte, ließen sie ihre Maschinen wieder anlaufen. In einer am Montagabend stattgefundenen, vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufenen Versammlung konnte nur ein Teil der Erschienenen Platz finden und fanden die Ausführungen der Redner vom Textilarbeiterverband stürmischen Beifall. Die Arbeiter Augsburgs haben eben die gelben Vertrautungen gründlich satt bekommen.

### Befragter Unternehmerübermut.

Die interessante Massenlage der 310 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wolfram-Lampen-Attienengesellschaft in Lechhausen kam nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik klagten auf Zahlung einer Entschädigung in der Gesamthöhe von 6210 M., weil die Firma infolge eines in einer Abteilung ausgebrochenen Streiks die Arbeitszeit im gesamten Betriebe ganz erheblich verkürzt hatte, ohne den davon betroffenen Arbeitern vorher Mitteilung davon zu machen oder sie für den Lohnausfall zu entschädigen. Die Klage hatte schon einmal das Gewerbegericht Lechhausen beschäftigt. Es wurde damals festgestellt, daß der Streik der Arbeiter in der einen Abteilung durch die Firma selbst verschuldet worden war, ein Streik auch kein Elementarereignis ist, wie es im § 15 des S. G. V. vorgesehen. In Anerkennung dieser Feststellung verurteilte das Gericht denn auch die beklagte Firma zur Zahlung von 6210 M. Entschädigung einschließlich 4 Proz. Verzugszinsen ab 1. Januar 1910 an die 310 Kläger. Die Einrede der beklagten Firma wurde als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Die Vertretung der Kläger hatte der Arbeitersekretär Genosse Karl Schmidt in Augsburg übernommen.

#### Husland.

### In Marseille droht die Gefahr eines Generalstreiks.

Die eingeschriebenen Seeleute fordern die Arbeiter der Verbandsorganisationen, so die Steuer-, Dockarbeiter und Fuhrleute auf, sie zu unterstützen.

Das Syndikat der eingeschriebenen Seeleute billigt die Bewegung in Marseille und erklärt, gegebenenfalls mit allen eingeschriebenen Seeleuten solidarisch vorzugehen.

Ein Teil der Mannschaft des Postbootes „Meise“ verließ in dem Augenblick, als das Schiff nach Tunis in See gehen sollte, den Dienst. Vier Matrosen wurden verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

In der Geschäftswelt herrscht große Besorgnis, daß der Ausstand der Mannschaften der Handelsmarine längere Zeit dauern und ähnliche schlimme Folgen haben könnte, wie der Ausstand vor einigen Jahren. Auf den Hafenterrassen liegen bereits massenhaft Waren angehäuft, darunter viele, die infolge des Regenwetters zu verderben drohen. Im Hauptpostgebäude sind alle Räume mit Briefsäcken angefüllt, die nicht befördert werden können. Die Vorgänge auf dem Postdampfer „Meise“, die zur Verhaftung von vier Matrosen führten, waren veranlaßt durch den von der Compagnie transatlantique auf Drängen des Unterstaatssekretärs Chéron unternommenen Versuch, den Dampfer mit neu angeworbenen Personal abfahren zu lassen. Am Mannschafts- und Passagiere vor jeder Verhaftung durch die Ausständigen zu schützen, hatte Chéron angeordnet, daß alle verfügbaren Polizeibeamten im Hafen bereit gehalten würden. Als um 1 Uhr nachts die Anker gelichtet wurden, erklärte die Mannschaft, daß sie sich den Ausständigen anschließe. Als Chéron drohte, die Leute sofort verhaften zu lassen, ließen sie zunächst, als ob sie gehörten, dann aber erklärte der Kapitän, die Mannschaft würde keine Arbeit anrühren. Da das Erlöschen der Kesselfeuer befürchtet wurde und die Passagiere angesichts der Haltung der Mannschaften große Furcht äußerten, wurde der Abgang des Dampfers auf Befehl Chérons in-

hibiert und das Marineministerium telegraphisch um Bereitstellung von Matrosen der Kriegsmarine ersucht.

Aus Dünkirchen wird gemeldet, daß die dortigen Seeleute sich vorbereiten, aus Solidarität mit ihren Marceller Kameraden den Ausstand zu proklamieren.

In Algier hat die Marceller Streikbewegung große Aufregung verursacht. Alle Körperschaften wandten sich an die Regierung mit der Bitte um energische Maßnahmen zur Bekämpfung der für Algier so verhängnisvollen Folgen des Ausstandes.

Sechs Torpedobootszerstörer sind von Toulon nach Marseille abgegangen, wo sie wahrscheinlich zur Aufrechterhaltung des Postdienstes zwischen Frankreich und Algier Verwendung finden werden. Eine Anzahl Marineoldaten sind nach Marseille beordert worden, um die Besatzung der Postdampfer, falls es nötig ist, noch im Augenblick der Abfahrt zu vervollständigen.

Marseille, 6. April. Der Torpedobootszerstörer „Oriflamme“ ist heute mittag mit den Postschiffen in See gegangen.

#### Maurerstreik in Mailand.

Rom, 4. April. (Sig. Bez.) Am 4. April sind die Maurer Mailands in den Ausstand getreten, da die Unternehmer die Bewilligung ihrer Lohnforderung abgelehnt haben. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 15 000.

#### Englische Gewerkschaftskongresse.

Während der Osterfeiertage hielten zwei englische Gewerkschaftsverbände, die Föderation der Postangestellten und der Handlungsgehilfenverband, ihre Jahreskongresse ab. Beide Kongresse zeigten einen erfreulichen Fortschritt in der Entwicklung dieser Arbeiterkategorien, deren Angehörige sich in manchen Ländern vielfach noch für „besser als Arbeiter“ halten, zum Bewußtsein ihrer proletarischen Klassenzugehörigkeit.

Der Kongreß der Postangestellten tagte in Bradford und sah etwa 50 Delegierte, die 6875 Mitglieder vertraten, zusammen. Eine lange Diskussion wurde über eine Resolution geführt, die die völlige politische Gleichberechtigung der Postangestellten mit ihren Klassenangehörigen im Dienst des Privatkapitals und das Recht der Gewerkschaft, als selbständige Rechtsperson ihre einzelnen Mitglieder den vorgelegten Behörden gegenüber zu vertreten, forderte. Die reaktionären Bestrebungen der jetzigen sogenannten liberalen Regierung, die noch vor einem Monat einem Postangestellten aus dem Dienst entließ, weil er in einer Versammlung zur Gründung eines sozialistischen Vereins als Vorsitzender fungiert hatte, wurde von zahlreichen Delegierten scharf kritisiert. Schließlich wurde die Resolution einstimmig angenommen. Kurz darauf erschien der Postminister Samuel im Saale. Er hielt eine große Rede, in der er versprach, die in der Resolution niedergelegten Wünsche zu berücksichtigen. Er sei, so führte er aus, von der Notwendigkeit der Gewerkschaftlichen Organisation auch für die Staatsangestellten fest überzeugt. Es sei Zeit, daß der kollektive Arbeitskontrakt an die Stelle des individuellen Kontraktes trete. Das Bestehen von Gewerkschaften erleichtere die Arbeit der Verwaltung und ermögliche es, viele Reibungen und Konflikte zu vermeiden, deswegen sei er für die völlige Anerkennung der Gewerkschaftsorganisation durch die Verwaltung.

Diese schönen Worte hielten indessen die Postangestellten nicht davon ab, weiter an dem Ausbau ihrer Kampforganisation zu arbeiten. Sie nahmen eine Resolution an zugunsten der Verschmelzung der vier bestehenden Verbände der Angestellten und Arbeiter im Postdienst zu einer großen Organisation, die dann über 50 000 Mitglieder zählen würde. Nach längerer Diskussion wurde auch zum ersten Male ein Antrag angenommen, der die Exekutive der Föderation beauftragt, einen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterpartei zu revidieren, damit der nächste Kongreß über den Anschluß an die Arbeiterpartei beschließen könne. Ein Antrag, den „Fonds für die parlamentarische Vertretung“, der zurzeit 40 000 M. enthält, dem Urteile der Lordschammer in der Osborne-Angelegenheit gemäß aufzulösen, wurde unter großer Begeisterung der Delegierten zurückgezogen.

Der Kongreß des Handlungsgehilfenverbandes, der der Arbeiterpartei angeschlossen ist, beschloß ebenfalls, den Verbandsfonds für die parlamentarische Vertretung aufrechtzuerhalten. Im übrigen erlebte er fast nur Verurs- und Organisationsangelegenheiten. In das Programm der Verbandsforderungen wurden jedoch auch die politischen Forderungen der Arbeiterpartei in bezug auf das Wahlrecht, die Arbeiterversicherung usw. aufgenommen.

#### Englischer Streikbrecher-Export.

England scheint sich mehr und mehr zum Streikbrecher-Exportland zu entwickeln. Man erinnert sich noch der Hafnarbeiterstreiks in Antwerpen, Hamburg und Göteborg, die man mit Hilfe von aus England importierter Streikbrecher niederzuwerfen versuchte, wobei die Unternehmer stets auf die Unwissenheit englischer Arbeiter in internationalen Angelegenheiten spekulierten. Jetzt werden die Kohlenreviere von Northumberland und Durham, wo die Bergarbeiter sich noch immer im Streik befinden, von Agenten der kanadischen Kohlen- und Eisengesellschaft in Nova Scotia überflutet, um für ihre kanadischen Werke Streikbrecher zu werben. Wie verlautet, sind bereits mehrere tausend englische Bergarbeiter in ihrer Unkenntnis der Sachlage nach Kanada abgegangen. Jetzt hat die Bergarbeiterorganisation von Northumberland eine Warnung erlassen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Luzerner Nachfolger!

Luzern, 6. April. (W. Z. B.) Der christlich-soziale Bürgerklub hat in seiner heutigen Sitzung mit allen gegen vier Stimmen Bürgermeister Dr. Neumayer als Kandidaten für die am 22. April stattfindende Bürgermeisterwahl aufgestellt.

#### Drei Arbeiter ertranken.

Stettin, 6. April. (W. Z. B.) Auf dem Dammschen See eignete sich ein schwerer Bootsunfall. Drei städtische Bauarbeiter begaben sich nachts 12 Uhr in einem Boot über den See nach dem Dorfe Lübz in, um dort am Nachmittag an einer Kontrollversammlung teilzunehmen. Ritten auf dem See kenterte das Boot und alle drei Arbeiter ertranken. Von den Leichen ist bisher noch keine geborgen.

#### Eine schwere Explosion.

Epinal, 6. April. (W. Z. B.) Eine Kiste, worin sich Sprengstoff befand, explodierte auf dem Speicher eines hiesigen Getreidehändlers, wobei zwei Knaben im Alter von 14 und 16 Jahren tödlich verletzt wurden. Beide starben kurz darauf unter furchtbaren Schmerzen.

#### Neue Zusammenstöße in Albanien.

Konstantinopel, 6. April. (W. Z. B.) Heute bei der Pforte aus dem Aufstandsgebiet in Albanien eingelaufene Nachrichten lassen die Lage ernst erscheinen. Zwischen den Truppen und den Aufständischen haben überaus heftige Zusammenstöße stattgefunden. Es verlautet, daß sich die Aufständischen im Besitz mehrerer Geschütze befinden. Morgen werden von hier mehrere Truppentransporte nach dem Aufstandsgebiete abgehen.

Es muß auch solche Käuze geben!

In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nimmt Felix Auh, der Philosophaster, allwöchentlich das Mögliche und Unmögliche unter sein kritisches Messer und haut mit grimmiger Wut, viel lateinischen und griechischen Zitatens und weniger Erfolg auf die demalebedeute Sozialdemokratie los.

In der Nr. 14 der „Arbeitgeber-Ztg.“ nimmt Felix Auh die amtliche Erhebung über die Gesundheitszustände der Krankenkassenmitglieder in Leipzig zum Ausgangspunkt höchst „scharfsinniger“ Ausführungen. Zunächst macht dem Philosophen des Kapitalismus große Sorge, daß die amtliche Untersuchung „eine Reihe bemerkenswerter Ergebnisse gefördert hat, von denen aber gewiß wieder einige dazu Verwendung finden werden, als neues Anlagematerial gegen die Industrie zu dienen“.

Diese Mahnung soll nach Felix Auh auch in bezug auf das Unternehmertum „nicht ungehört verhallen“. Mit exprobiertem und unausgefeimtem Eifer werde es der Aufgabe nachkommen. Die „erprobt“ dieser Eifer bisher war, lehnen ja gerade auf neue die Ergebnisse der Leipziger Krankenkassenstatistik. Die „unausgefeimt“ der Eifer hinfort sein soll, dafür liefert Felix Auh in seinen weiteren Expektorationen geradezu klassische, köstliche Proben. In seinem philosophischen Schwarzlaster-Eifer schiebt der gewandte Mann den — Arbeitern die Schuld zu an den schlechten Gesundheitsverhältnissen. Felix Auh lehnt den Spruch: „Ein gesunder Geist kann nur in einem gesunden Körper wohnen“ „bis zu einem gewissen Grade“ um und macht dann ein „gelehrtes“ Bismarckzitat über den „Einfluß seelischer Stimmungen und Gemütsbewegungen auf das körperliche Befinden und auf die Verfassung und den Verlauf von Krankheiten“.

„Räsig und unwillig wird die Arbeit verrichtet. Nicht allein aus Gründen der allgemeinen Unzufriedenheit, sondern weil das Lösungswort O' 'canny, das Kommando zu möglichst geringer Leistung, ausgegeben ist. Noch hat kein Psychologe untersucht, wie groß der Anteil an körperlicher Schädigung, an Unfällen und Verletzungen ist, der auf diese Parole zurückzuführen werden muß. Inzwischen weiß jeder, der im Versuch, im Sport oder bei sonstiger Gelegenheit an gefährliche Situationen gewöhnt ist, wie rasch man derselbe Herr wird, wenn man frisch und froh und in dem Stier an den Hörnern packt. Wer dagegen zögernd, misgünstig, verdrossen etwaiger Gefahr entgegentritt, der ist schon von vornherein mit Kopf und Kragen verloren.“

Diese halbbedehrende Logik widerspricht zwar aller Erfahrung — Wer sich in Gefahr begibt, der kommt darin um —, entspricht aber dafür dem Interesse des Kapitalismus. Wie das Kapital bei

100 Proz. „positiv waghässig“ wird und bei 200 Proz. „alle Gehege unter seine Fäße stampft“, so verlangt das Kapital auch von den Arbeitern, daß sie „frisch und froh“, nicht „misgünstig“ durch fehlende Schutzbefehle ihre Knochen dem Bögen Saal opfern. Felix Auh „beweist“ also mit all' dem Hokusfokus, daß die vielen Unfälle nicht wegen der allzu großen Arbeitslast passieren, sondern im Gegenteil, weil die Arbeiter — zu langsam arbeiten!! Wie kann ein verständiger Mensch ohne Absicht bewusster Irreführung so einen hohnbüchigen Unsinn verzapfen?

Felix Auh schließt seine grandiose „Beweisführung“ mit dem Satz, „wie irrig die Meinung derer ist, die da glauben, man könne allein durch staatliche Gesundheitspflege, durch Gesetze und Vorschriften das höchste Ziel erreichen“. Zunächst müssen die feindlichen Mächte bezwungen werden.“

Also, deutscher Arbeiter, wenn Du misgünstig und seelisch gebrückt bist über die kapitalistisch verflachte Arbeit, über Unfallgefahren und hohe Krankheitsziffern, lege nur eine vernünftige Miene auf; wenn der Mund lächelt, flieht zugleich die Schwindsucht aus Deinem wunden Körper und Du strotzest vor Gesundheit, wirst auch sicher bald die voluminösen Formen des gut genährten Unternehmers annehmen.

Felix Auh ist wahrhaftig noch klüger als wie der berühmte Schiffschirurgus Doktor van der Smitten:

„Durch eigne Schuld Sind viele Schwarzen gestorben; Ihr schlechter Odem hat die Luft Im Schiffsraum so sehr verdorben. Auch starben viele durch Melancholie.“

Nächstens kommt der Hausphilosoph des Berliner Unternehmerblattes sicher auch dahinter, daß man, wie der „Superlargo“ Dynuber von Koel' Heines zur Verminderung der Unfallgefahren und der Krankheitsstage die Arbeitssklaven zur Freude zwingen muß:

„Der Präsident der Sozietät Der Zuspeneredlung in Delfte Ist sehr geachtet, doch hat er nicht Von Eurem Verstande die Hälfte.“

„Musst! Musst! Die Schwarzen sollen Hier auf dem Berde tanzen, Und wer sich beim Hopfen nicht amüsiert, Den soll die Peitsche kuranzen.“

Gaukonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes für den 4. Gau.

Am 3. und 4. April hielt der Deutsche Holzarbeiterverband im Lokale von A. Böker, Weberstr. 17, eine Konferenz für den 4. Gau (Brandenburg und Teile der Provinzen Schlesien und Posen) ab.

Von den 96 Jahrestellen des Gaus waren 87 Orte durch 139 Delegierte vertreten. Dann waren anwesend 7 Mitglieder des Gauvorstandes, ein Mitglied des Hauptvorstandes, ein Vertreter des Zentralverbandes der Bildhauer und ein Vertreter des Verbandes der Glaser.

Der Gauvorsitzer Stusche erstattete einen Teil des Geschäftsberichtes.

Ganz abgesehen von Berlin, wo die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder bis auf 4600 gestiegen war, hatten alle Jahrestellen des Gaus mit einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Krise brühte der ganzen Organisationsfähigkeit ihren Stempel auf. Die in der Berichtsperiode stattgefundenen Lohnbewegungen mußten größtenteils geführt werden, um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Bei mehreren der geführten Streiks sind von Agenten in Berlin größere Transporte Arbeitswilliger angeworben worden, so bei dem Streik von Ludenwalde. Nicht in allen Fällen konnte rechtzeitig die Jurerei dieser aus den zweifelhaftesten Elementen zusammengesetzten Mauseisenertruppe nach den Streikorten verhindert werden. Trotz der Krise sind die Mehrzahl der Lohnkämpfe von Erfolg gewesen.

Neben einer Reihe von Lohnbewegungen, die durch Verhandlungen beigelegt worden sind, wurden in der Berichtsperiode im 4. Gau 41 Angriffsstreiks, 92 Abwehrstreiks geführt; ferner waren

15 Aussperrungen zu verzeichnen. 77 dieser Kämpfe verliefen erfolgreich, 9 hatten einen teilweisen Erfolg und 54 gingen verloren.

Nachdem in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine bessere Konjunktur einsetzte, gingen die Kollegen in verschiedenen Orten heran, um ihre Verhältnisse aufzubessern. Der Erfolg dieser Bewegungen war meist der Abschluß von Verträgen, die den Arbeitern Verbesserungen brachten. Trotzdem zurzeit die Krise noch nicht ganz überwunden ist, haben eine Reihe weiterer Orte die Absicht angemeldet, in eine Bewegung zwecks Aufbesserung der Verhältnisse einzutreten.

Den Ausführungen Stuschs schloß sich in der weiteren Erörterung des Geschäftsberichtes der Gauvorsitzer Eyrer an.

Während der letzten zwei Jahre wurden im Gau 8 neue Jahrestellen gegründet, 5 Jahrestellen gingen ein. In mehreren Orten, wo Betriebe der Holzindustrie vorhanden sind, war es trotz der größten Anstrengungen nicht möglich, festen Fuß zu fassen. Die Unternehmer wandten dort die brutalsten Mittel an, um die Organisation von ihren Betrieben fernzujubeln.

In mehreren Orten Posens wird jeder Fortschritt dadurch gehemmt, daß dank der Germanisierungspolitik der Regierung die Arbeiter allem was deutsch heißt den größten Haß entgegenbringen. In vielen Orten ist es den Verbandsmitgliedern bis heute noch nicht möglich gewesen, ein Lokal zu Versammlungen zu bekommen.

Der Mitgliederbestand im Gau, der während der Krise zurückgegangen war, hat sich bis zum Schluß 1909 soweit gehoben, daß er den Höchststand von 1907 überschritten hat. Er beträgt 33 834.

Zur Entfaltung einer gemeinsamen Agitation ist der Gauvorsitz mehrfach mit anderen Zentralverbänden sowie mit den Parteileitungen in Verbindung getreten.

Die an den Gauvorsitz gestellten Anforderungen auf Stellung von Referenten konnten in vollem Maße erfüllt werden. Eine Anzahl Massenrevisionen mußte der Gauvorsitz vornehmen, da in mehreren vorwiegend kleineren Orten die Massenführung keine korrekte und ordnungsgemäße war. In einer Anzahl Fälle mußte der Gauvorsitz Vertretungen vor Gericht übernehmen. Dem Bericht Eyrers schloß sich der

Rassenbericht

an, den Richard Leopold gab.

In dem gesamten Geschäftsbericht hatten die Delegierten nichts auszusagen.

Dann erhielt der Gauvorsitzender Leipart das Wort zum Bericht über die Tarifbewegung und Stellungnahme zur Erhöhung des Verbandsbeitrages.

Wenn es uns gelungen sei, die jetzige große Tarifbewegung zu einem erfolgreichen Ende zu führen, so hat der Umstand nicht wenig dazu beigetragen, daß die Mitglieder überaus gern und willig die Extrabeiträge gezahlt haben, die in Aussicht auf den eventuellen Ausbruch eines Kampfes erhoben werden mußten. Doch sei der Verband durchaus nicht über alle Schwierigkeiten hinweg, da neue Kämpfe bevorstehen, die erneut hohe Anforderungen an die Verbandskasse stellen. Da eine Einschränkung der Lohnbewegungen von den Mitgliedern durchaus verworfen wird, ist eine Stärkung der Verbandskasse unabwendbar. Wenn die Finanzgebarung des Verbandes auf eine sichere und gesunde Basis gestellt werden soll, muß eine dauernde Erhöhung des Verbandsbeitrages um wöchentlich 10 Pf. erfolgen. Leipart wendet sich dann gegen die irrtümliche Auffassung einer Anzahl Kollegen, durch Einführung von Massenbeiträgen eine gerechtere Verteilung der Lasten und Pflichten der Mitglieder herbeizuführen. Bei der großen Unterschiedlichkeit der Lohnhöhen, wie sie bei den Mitgliedern einer Industrieorganisation anzutreffen ist, sind Staffelbeiträge nicht durchführbar. Auch würden die technischen Schwierigkeiten schier unüberwindliche sein.

Die Verhältnisse der Holzarbeiter in den Gläubdistrikten sollen bei einer Erhöhung des Verbandsbeitrages berücksichtigt werden.

Am das Referat Leiparts schloß sich eine ausgedehnte

Diskussion

an, die erst am Vormittag des zweiten Verhandlungstages ihr Ende fand.

Verschiedene Diskussionsredner, vorwiegend aus Orten mit schlechten Lohnverhältnissen, erhoben Bedenken gegen eine Erhöhung der Beiträge, da dadurch unzweifelhaft die Agitation sehr erschwert werde. Gleichzeitig halten diese Redner größtenteils die Einführung von Staffelbeiträgen für möglich und erstrebenswert.

Die meisten anderen Redner sprechen sich für Erhöhung des Verbandsbeitrages aus. Es wird mehrfach darauf hingewiesen,

und Riffarth, Berlin), doch waren sie auf Zeitungspapier nicht anwendbar.

Humor und Satire.

Die beiden Grafenlinder.

(Aus einem Grimmschen Märchen.)

Et was mol en Graf weit, de hieß Graf Pfeil, un de sah en lätt Mäden, de was hübsch, un do seggt he zu ehr: „Wißt du min leuwe Gräfin wern?“ Do seggt se: „Jo, dat wollt i wull.“ un do war de Hochtid angericht, un de Musikanten blusen, un et was bel freide im ganzen Grafenpalast. Und wie nu de Hochtid tou em was, do nehm de ganze Graf sin leuwe Gräfin bi de Hand un söhrte ehr in dat Schlaagmach un hadde ehr lieb, un läste ehr, un söhm ehr ne Wackschüssel an'n Kopp un verbinste ehr un verlockete ehr un versohlte ehr un vertobete ehr un vertöpperte ehr un verwichste ehr un verwaltete ehr un kalaschte ehr un verhaute ehr un veloppte ehr un verfunste ehr un veruomste ehr, un wenn se nich gefrieden wärd, do lebten he noch heute bifamm.

Treptow. Herr v. Jagow (an der Spitze einer Schymannsbrigade zu einem einzelnen Herrn): Herr, geben Sie auseinander, oder ich lasse einschauen! Die Straße dient lediglich dem Verkehr! (Lustige Blätter.)

Notizen.

— Vorträge. Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Besonderer Umstände halber mußte der für heute festgesetzte Vortrag auf den 12. April verschoben werden. Beginn 8 1/4 Uhr, Rathaus, Zimmer 109. Gäste haben unentgeltlich Zutritt.

— Musikchronik. Fräulein Frieda Hempel wird am 14. d. M. die „Regimentsdochter“ singen. Die vom Verein „Berliner Presse“ veranstaltete Vorstellung findet im Neuen lgl. Operntheater (Kroll) statt.

— Wilder Sturm. In der Münchener alten Binalothek stürzte infolge eines Sturmes ein Oberlichtfenster in einen der Säle und beschädigte die berühmte „Stabkirche Christi“ von D. d. s. (Der unfähige „Vol-Anz.“ vergißt nicht anzudeuten, daß der ihm verhasste Herr v. Tschudi indirekt dafür die Verantwortung trage.)

— Das teuerste Grundstück. Dieser Lage ist im Zentrum von New York, ganz in der Nähe des Morganschen Geschäftshauses und der Börse, ein Grundstück verkauft worden, dessen Preis einem Weltrekord auf diesem Gebiete darstellt. Es wurden für eine Gesamtfläche von 835 Quadratfuß nicht weniger als 3 1/2 Millionen Mark bezahlt so daß also der einzelne Quadratfuß auf 4242 Mark kommt. Um sich einen Begriff von der Höhe des Kaufpreises zu machen, muß man sich vorstellen, daß damit jedes Fleckchen von der Größe einer Briefmarke mit etwa 16 Mark bezahlt ist. Auf diesem Terrain stand bis jetzt ein vor etwa zwölf Jahren erbautes Haus mit 19 Stockwerken. Dieses wird jetzt einem anderen Volksträger Platz machen, der 32 Stagen enthalten soll.

Kleines feuilleton.

Urheberrecht nach 130 Jahren. Die Entdeckung von Goethes „Ur-Weister“ hat höchst knifflige Fragen des Urheberrechts aufgeworfen, die Stoff zu Dutzenden von juristischen Doktorurteilen geben könnten, obwohl das Problem, unter der Entscheidung der Vernunft, sehr einfach auszulösen wäre.

Der Besitzer der Abschrift des Ur-Weisters hat das Abdruckrecht des Manuskripts für 18 000 Fr. an einen Verleger verkauft. Ist die Arbeit Goethes nicht gegen Nachdruck geschützt, so hätte der Verleger sich arg verpekelt; denn innerhalb weniger Tage könnte dann jeder andere Verleger den Ur-Weister honorarfrei auf den Markt werfen.

Darf man nun den Ur-Weister nachdrucken? Das Gesetz bestimmt:

Nach § 29 des Urheberrechtsgesetzes endet das Urheberrecht, wenn seit dem Tode des Urhebers 30 Jahre und außerdem seit der ersten Veröffentlichung des Werkes zehn Jahre abgelaufen sind.

Der Ur-Weister ist vor 130 Jahren geschrieben, sein Dichter seit 75 Jahren tot, aber dieses Werk ist noch nicht veröffentlicht worden, wäre also noch 10 Jahre nach der jetzigen Veröffentlichung geschützt, wenn man die Urform für ein selbständiges Werk und nicht etwa nur für eine besondere Bearbeitung der längst nachdrucksfreien „Lehrjahre“ hält; im letzteren Falle wäre auch der Nachdruck des Ur-Weisters gestattet, doch handelt es sich offenbar um ein selbständiges Werk.

Sonach wäre der Ur-Weister gegen Nachdruck geschützt. Indessen nun beginnt die eigentliche Schwierigkeit: Wem steht das Urheberrecht zu? Berechtigte Erben Goethes sind schwerlich vorhanden. Es tritt also die „Vermutung“ des Urheberrechts ein: „Ist die Veröffentlichung bis zum Ablauf von 30 Jahren seit dem Tode des Urhebers nicht erfolgt, so wird vermutet, daß das Urheberrecht dem Eigentümer des Werkes zusteht.“

Aber wer ist Eigentümer des Werkes? Der Besitzer der Abschrift — Dr. Tengler-Büchli — ist doch nicht Besitzer des Werkes. Das scheint uns die Frage endgültig zu entscheiden. Das zufällige Eigentum an der Abschrift eines Werkes ist nicht Besitz des Werkes im Sinne des Gesetzes. Das läßt sich leicht einsehen; die gegenwärtige Annahme würde zur Aburteilung, zu unauflösbaren Rechtskonflikten führen. Goethe hat von „Wilhelm Meisters theatralischer Sendung“ mehrere Abschriften herstellen lassen und verschickt, die nur bieder nicht auffindbar sind. Die Eigentümer dieser von Goethe autorisierten Abschriften hätten nun sicher ein größeres Anrecht auf den Besitz des Werkes als die Nachdrucker der Züricher Gabe Schullers, die das ihr überlieferte Manuskript Goethes mit Unterstützung der Tochter selbst abgeschrieben hat. Tausend jetzt die anderen Abschriften auf, so würden deren Besitzer ebenfalls — und mit besseren Gründen — das Eigentumsrecht beanspruchen.

Die Entscheidung steht demnach so: Der Ur-Weister ist zwar nur zehn Jahre nach der ersten Veröffentlichung gegen Nachdruck geschützt, da aber niemand mehr das Urheberrecht zusteht, ist das Werk Goethes — mangels eines Berechtigten — frei. Und mit diesem Urteil der juristischen Logik stimmt auch das allgemeine Interesse überein, das sich dagegen wendet, einen kulturellen Gemeinbesitz der Menschheit gänzlich unberechtigten Verleger-Spekulationen auszuliefern.

Ein neues Illustrationsverfahren. Eine Erfindung, die im gesamten Buch- und Zeitungsweien tiefgreifende Umwälzungen hervorgerufen geeignet ist, ist dem in Frankreich seit langen bekannten Reproduktionstechniker Dr. Eduard Mertens in Freiburg im Breisgau geglückt. Durch den sogenannten Notationsstempel ist es von jetzt an möglich, Photographieren mit allen feinsten Einzelheiten direkt auf gewöhnliches Zeitungspapier zu drucken, so daß sie fast wie photographische Originale wirken. Dr. Mertens hat sein neues Verfahren dieser Tage zum erstenmal in einer Sondernummer der „Freiburger Zeitung“ der Öffentlichkeit vorgestellt, und der Eindruck dieser Illustrationen, die bisher nur auf besonders präpariertem Kunstdruckpapier reproduziert werden konnten, ist schlechtin verblüffend. Die Tageszeitung kommt damit in die Lage, illustrativ daselbst zu leisten, wie die auf satiniertes Papier gedruckten illustrierten Zeitschriften, und die ästhetisch bisher noch ziemlich mangelhaft wirkende Zeitungsdarstellung erfährt dadurch gleichzeitig eine ungemessene Verbesserung wie eine Erweiterung ihrer Leistungsmöglichkeiten. Auch für das Inseratenwesen dürfte das neue Verfahren von einschneidender Bedeutung werden, und in welchem Grade der Buch-Illustration durch diese technische Vereinfachung neue Wege erschlossen werden, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen. Dr. Mertens hat, wie wir einer Mitteilung der „Graphischen Welt“ entnehmen, als langjähriger Direktor eines bedeutenden graphischen Unternehmens Gelegenheit gehabt, alle graphischen Verfahren eingehend zu studieren und sich zur Aufgabe gemacht, das schönste aller Bildrunderfahren, den Kupferdruck, für die Allgemeinheit brauchbar zu machen, insbesondere für den Zeitungsdruck. Ein mehr als zehnjähriges Studium führte den Erfinder im Jahre 1903 zuerst zur Ausbildung der Textilwalzen-Photographie. Um diese zu erproben, verlegte Dr. Mertens keine Versuchsanstalt von Berlin nach dem Elsaß, der Wiege der deutschen Zeitungsindustrie. Auf dem Wege vieler Versuche kam er so zu dem nunmehr vollendeten Verfahren des Zeitungskupferdrucks. Damit ist ein von vielen graphischen Technikern seit langem erstrebtes Ziel erreicht. Der neue Bildrunderdruck kann auf das geringste Holzhaltige und raue Papier und in jeder beliebigen Farbe angewendet werden, ohne daß die Schnelligkeit des Zeitungs-Notationsdrucks dadurch irgendwie beeinträchtigt wird. Für die Bewertung des Verfahrens hat sich die Deutsche Wertungsgesellschaft in Freiburg i. B. gebildet. Ähnliche Tiefdruckverfahren kannte man wohl schon seit einiger Zeit unter anderem Namen wie „Mezzotint“ (Drudmann, München), „Cellotint“ (Meisenbach

Doch den Mitgliedern mit niedrigen Löhnen viel mehr damit gedient ist, durch Stärkung der Verbandskasse die Organisation kampffähiger zu machen, als sie in der Ansicht zu betrachten, daß für sie die Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche unerschwinglich sei.

Über die Einführung von Massenbeiträgen erfolgt namentliche Abstimmung. Sie wurde mit 125 Stimmen gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Angenommen dagegen wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 50 auf 60 Pfennig mit 118 gegen 21 Stimmen.

Es wird dann in die Beratung der vorliegenden 51 Anträge eingetreten, die größtenteils dem bevorstehenden Verbandstag in München unterbreitet werden sollen und vorwiegend die Aenderung statutarischer Bestimmungen von untergeordneter Bedeutung bezwecken.

Dann wird noch ein Antrag angenommen, durch geeignete Maßnahmen genau festzustellen, welche Orte und Betriebe regelmäßig oder zeitweise Kantienarbeiten für Groß-Berlin anfertigen.

Nach einem kurzen Schlußwort durch den Vorsitzenden Naach wird die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Zollschraube.

Nachdem auf die Revision des amerikanischen Zolllarifs die französische Regierung mit einer gleichen Maßnahme folgte, ist der Stein ins Rollen gekommen. Eine ganze Reihe von Ländern beschäftigt sich augenblicklich mit der Revision ihrer Zolllarifs, das heißt, mit einer Heraushebung ihrer Zollsätze. Die Maßnahme des einen Landes wird immer eine Gegenmaßregel von Seiten eines anderen nach sich ziehen. In Belgien plant die Regierung nun, zur Vergeltung der französischen Zollerhöhungen, die aus Frankreich eingeführten Waren etwas höher zu belasten. Sie kann es aber nicht verhindern, daß gleichzeitig auch die Einfuhr aus Deutschland betroffen wird, wenn sie dies überhaupt verhindern wollte. Ferner beschäftigen sich noch Holland und Schweden mit Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Zollsätze — zum Schutze der heimischen Produktion. Nicht in allen Ländern finden diese Bestrebungen jedoch einen freudigen Widerhall. So sträuben sich in Holland die Industriellen, die geschützt werden sollen, gegen den erhöhten Schutz. Sie beschränken daher eine größere Nachfrage nach Arbeitern. Dann würde es mit den niedrigen Löhnen vorbei sein, die jetzt gezahlt werden.

### Preissteigerung in Aussicht.

Es gibt kaum noch irgend einen Konsumartikel, der nicht von der Preissteigerung erfaßt worden wäre. Leids durch Verbrauchssteigerung, die vielfach eine Folge technischer Entwidlung ist, teils durch Organisation der Produzenten und Händler gefördert, schneller die Preise mancher Artikel scharf in die Höhe. Jetzt steigt wieder mal der Häute- und Ledermarkt im Zeichen der Haufe. Mit der Ausdehnung des Reiseverkehrs, der eine bedeutende Lederliefer- und Lederindustrie groß zog, ferner die Entwicklung im Automobilbau und die wachsende Benutzung des Autos als Verkehrsmittel hatten eine starke Steigerung der Nachfrage am Ledermarkt im Gefolge. Das trieb die Preise hinauf. Natürlich beeinflusste das die Verkaufpreise aller Erzeugnisse aus Leder, wie z. B. auch die Hand- und Fußbekleidungen aus diesem Material. Nach einer kurzen Periode etwas abkühlender Tendenz, der eine kräftige Haufe vorausgegangen war, macht sich auf dem Rohmaterialmarkt nunmehr eine erneute Preissteigerung bemerkbar. Bei den letzten Häute- und Ledersteigerungen in Paris, London, New York wurden wieder Aufschläge bezahlt werden. Die Lederhändler, die in der letzten Zeit bereits einige Male Preissteigerungen eintreten ließen, planen natürlich auch wieder durch Preisauflagen nicht nur die Produktionskosten zu decken, sondern, wie das so üblich ist, die Verteuerung des Rohmaterials als Mittel zu gebrauchen, ihren Gewinn zu steigern. Die Schuhfabriken folgen selbstverständlich nach, schlagen noch wieder etwas mehr auf als die Händler. So muß schließlich immer der Konsument der Massenfertigung am meisten leiden.

Erhöhung des Rohpreises. In der Kohlenindustrie rechnet man schon wieder mit — Preisauflagen. Angeblich soll der Preis für Kohle demnächst um 2 Mk. pro Tonne hinaufgesetzt werden. Entziehung der Ausfuhrprämie und Preisrückgang auf Rohmaterial, das sind sicher als ausgezeichnete Mittel, der Weiterverarbeitung in der Eisenindustrie das Leben — so schwer zu machen. Vielmehr erwartet das Syndikat, seine Anfrinigung werde eine sofortige Steigerung der Nachfrage im Gefolge haben, so daß nur eine Stimmungsfrage vorliegt.

Baumwollstatistik. Die vom „Internationalen Verband der Baumwollspinner- und Webereivereinigungen“ veranstaltete und am 1. März abgeschlossene Statistik ergibt, daß bei einer abgeschätzten Totalzahl von 133 421 004 Spindeln, von denen 119 154 411 Spindeln der Welt beruhten, der Total-Baumwollvorrat in Ballen 4 166 888 betrug. Von den berichtenden Spindeln entfallen allein 48 818 234 auf Großbritannien und 28 000 Millionen auf Nordamerika. Aus Deutschland haben 9 891 450 und aus Oesterreich 4 903 048 Spindeln berichtet.

Verband des Stahlwerksverbandes. Nach vorläufiger Ermittlung stellt sich der Verband an Produkten im Monat März auf circa 588 000 Tonnen gegen 520 800 Tonnen im März 1900. Demnach ergibt sich eine ziemlich erhebliche Verbandssteigerung.

### Industrielle Konzentration.

Einen interessanten Ueberblick über die Konzentration im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau gewährt eine Zusammenstellung in der Zeitschrift „Glückauf“. Danach hat sich in den letzten 60 Jahren die Zahl der Werke um 44, d. i. fast ein Viertel, vermindert, während die Förderung gleichzeitig auf beinahe das Fünffache gesteigert ist, sodaß auf das einzelne Werk in 1909 eine beinahe 55mal so große Fördermenge und eine etwa 55mal so große Belegschaft wie in 1850 kommt. Viel weiter als die betriebstechnische, geht noch die wirtschaftliche Zusammenfassung. In vielen Fällen ist eine ganze Reihe dieser betriebstechnischen Einheiten zu einer Gesellschaft vereinigt. Von den 164 im Jahre 1909 betriebenen Steinlohlenbergwerken des Oberbergamtsbezirks Dortmund sind fast immer mehrere — bis zu 17 — zu einem Unternehmen vereinigt. So zählt die größte Gesellschaft des Bezirks, die Selsköttercker Bergwerks-A.G., 11 Steinlohlenwerke, die Harpener Bergbau-A.G. umfaßt sogar 17, die Deutsch-Duisburgerische Bergwerks- und Hütten-A.G. 9, die Gesellschaftibernia 7, die A.-G. Vöhning 5. Diesen großen Aktien-Gesellschaften treten zur Seite die in den Händen einer Familie (Daniel, Stimmes, Krupp) vereinigten Fischen. Die Statistik des Königlichen Oberbergamts zu Dortmund zählt für 1909 154 in Förderung stehende Werke; das Kohlenprodukt, dessen Förderung sich mit der des Bezirks fast deckt, hatte nach dem Stande vom 1. Januar 1910 einschließlich der im Oberbergamtsbezirk Bonn gelegenen Werke Rheinpreußen aber nur 70 Mitglieder. Die Familiengehöre sind zum Teil als einzelne Mitglieder geschützt. Bei einer Gesamtförderung der im Syndikat vereinigten Werke von rund 81 Millionen Tonnen entfiel auf jedes Mitglied eine durchschnittliche Produktion von mehr als 1 Million Tonnen. Im Jahre 1909 brachten die sieben größten Unternehmungen mehr als zwei Fünftel der Gesamtförderung auf. Zudem sind noch viele Kohlenbergwerke mit Eisenhütten vereinigt. Im Jahre 1909 entfiel auf die mit Eisenwerken verbundenen Fischen (einschließlich der ursprünglichen Selsköttercker Bergwerks-A.G.) mehr als ein Drittel der Gesamtförderung des Bezirkes.

Ueber die Verhältnisse in der rheinisch-westfälischen Grohindustrie wird berichtet, daß sich die auf eine gute Frühjahrseilung

gründenden Hoffnungen nicht verwirklichen. Am Kohlenmarkt wartete man vergeblich auf eine kräftige Steigerung der Nachfrage. Der Abstieg hielt sich in zu engen Grenzen. Ein bedenkliches Aufwachen der Preisrisiken und erhebliche Lohnermäßigungen sei die Folge. Auch die Lage auf dem Eisen- und Stahlmarkt ist noch immer nicht so günstig, infolgedessen die Beschäftigung der Werke schwanfend.

Ein starker Rückgang im Abstieg zeigte sich auch im Drahtgewerbe. Die Drahtereien sind zu erheblicher Einschränkung der Erzeugung genötigt. Einen Aufschwung hat schon im vorigen Jahre das Drahtgewerbe genommen, was zum großen Teil auf die bei der Beschaffung billiger Waageleiser eingetretene Erleichterung zurückzuführen wird. Die private Dampfkraft wird sich, aller Voraussicht nach, auch in diesem Jahre fast im ganzen Gewerbebezirk äußerst reger gestalten. Die Arbeitslöhne sind gefallen, obwohl die Preise für fast sämtliche Lebensmittel noch weiter gestiegen sind. Die Lage der Arbeiter hat sich demnach verschlechtert. Es ist daher zu erwarten, daß mit Beginn einer flotten Produktion die Arbeiter Forderungen erheben werden.

### Ein Truß.

Ein trübsartiges Gebilde ist die Deutsche Petroleum-Akt.-Ges., dem neben Aktien der Steana Romana Beteiligungen an der Europäischen Petroleum-Union, der Deutschen Mineralöl-Industrie, dem Raschel Syndicate in Grosny und der Sibirische Akt.-Ges. für Petroleumindustrie, Wien, eignen. Die Deutsche Petroleum-Akt.-Ges. konzentriert die Petroleuminteressen eines internationalen Konsortiums, dem die Deutsche Bank und der Wiener Bankverein angehören. Die beiden letztgenannten Institute spielen auch eine führende Rolle bei der Steana Romana. Die letztere Gesellschaft, die in Bukarest domiziliert, will ihr Aktienkapital von 30 000 000 Lei durch Ausgabe von 20 000 000 Lei mit 50 Proz. einzuzahlenden Aktien auf nominal 50 000 000 Lei, und effektiv 40 000 000 Lei erhöhen.

Abfahrmangel. In der diesjährigen ersten Versammlung der Ziegeleibesitzer Kölns wurde mitgeteilt, daß im letzten Jahre nur an 25 Proz. der Erzeugungsfähigkeit der Werke abgefertigt werden konnten.

## Soziales.

### Die Krankenkassenvertreter zur Reichsversicherungsordnung.

Wie uns von zuständiger Seite nachträglich mitgeteilt wird, tagte am Sonntag eine Reichskonferenz der Krankenkassenvertreter in Berlin, um zu den Vorschlägen der Reichsversicherungsordnung zur Krankenkassenversicherung Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz waren 48 Krankenkassenvereinigungen vertreten, die gegen 5 Millionen Versicherte repräsentierten. Die Referenten des im Mai vorigen Jahres in Berlin abgehaltenen allgemeinen Krankenkassenkongresses erstatteten Bericht über die in dem vom Bundesrat genehmigten Entwurf der Reichsversicherungsordnung gegenüber dem Vorentwurf enthaltenen Änderungen. In der daran anschließenden eingehenden Aussprache trat allgemein eine heftige Empörung darüber zutage, daß die Regierung alle versicherungsfeindlichen Wünsche der Berufsgenossenschaften in weitgehendstem Maße berücksichtigt, die Wünsche der Krankenkassen bezug der Millionen Versicherten aber einfach ignoriert hat, obgleich auch die in den Ortskrankenkassen tätigen Arbeitgeber fast ohne Ausnahme diese Wünsche unterstützt hätten. Die Berufsgenossenschaften sollen von dem loslösenden gemeinsamen Unterbau befreit, ihre Nachvollkommenheit bei der Rentensicherung gesteigert werden, während die Krankenkassen ihres bisherigen Selbstverwaltungsrechts beraubt und der Bureaukratie ausgeliefert werden sollen. Auch den aus einseitiger Interessenspolitik distanzierten Forderungen des wirtschaftlichen Leipziger Ärzteverbandes habe die Regierung die weitgehendsten Konzessionen gemacht, desgleichen den Apothekern.

Bei all diesen Bestimmungen komme überaus deutlich die „gottgemachte Abhängigkeit“ der Regierung gegenüber gewissen einflussreichen Unternehmerorganisationen zum Ausdruck. Die Vertreter der Versicherten sowohl wie der Unternehmer waren einmütig der Meinung, daß alle Anstrengungen gemacht werden mühten, um die Verdüsterung über die reaktionäre, versicherungsfeindliche Tendenz der Regierungsdirektoren aufzuklären und den Reichstag für die von dem 5. allgemeinen Krankenkassenkongress aufgestellten Forderungen zu gewinnen.

Von der Einberufung eines neuen allgemeinen Krankenkassenkongresses wurde Abstand genommen und die folgende Resolution einstimmig beschloffen:

„Die am 3. April 1910 zu Berlin tagende Reichskonferenz Deutscher Krankenkassen beauftragt die vom 5. Allgemeinen Krankenkassenkongress gewählte Kommission, auf schnellstem Wege eine Petition an den Reichstag zu richten, in welcher die grundsätzlichen Forderungen, welche der letzte Kongress aufgestellt hat, von neuem vertreten werden. Dieser Petition sollen sich die Kassen und Kassenverbände anschließen.“

Des weiteren wird die Kommission beauftragt, dem Reichstag eine eingehende Stellungnahme zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, zugeben zu lassen.

Die Reichskonferenz ersucht die Kassenvertreter aller Art, gegen die rückwärtlichen Bestimmungen des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung im ganzen Reiche mit allem Nachdruck einzutreten.“

## Gerichts-Zeitung.

### 400 000 Mark unterschlagen.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Defraudanten **Freiherr Kluge**, der die Firma **Arthur Koppel & Co.** um den Betrag von circa 400 000 Mk. geschädigt hat. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor **Lieber**. Aus der Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse ergibt sich folgendes: Der Angeklagte, welcher sich seit dem 28. November 1908 in Untersuchungshaft befindet, ist am 18. Oktober 1878 in Berlin geboren, unverheiratet und bisher unbestraft. Er hat die hiesige I. Realschule besucht. Als er im Jahre 1895 diese verließ, trat er sofort bei der Firma **Arthur Koppel** als Lehrling ein. Nach 2½-jähriger Lehrzeit wurde er bei der Firma **Riesender** und wurde u. a. auch mit der Leitung einer Filiale in Paris betraut. Er blieb dort bis zum Jahre 1906 und kam dann nach Berlin zurück in die Stellung, in der er sich die zur Anlage stehenden Straffallen zuschulden kommen ließ. — Der Eröffnungsbefehl beschuldigt den Angeklagten der Unterschlagung und der Urkundenfälschung. — Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigt Kluge, daß er neben zwei anderen Angestellten Leiter der Filiale Berlin gewesen sei und diese Stellung seit 1905 innegehabt habe. Die Filiale Berlin erstreckte ihren Wirkungskreis über die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Polen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und einen Teil der Thüringischen Staaten. Für die anderen Teile Deutschlands sowie für das Ausland sind besondere Filialleiter angestellt. Seit 1908 hatten die Filialleiter das sogenannte **Mietgeschäft** in die Höhe gebracht. Von Tiefbauunternehmern, die mit ihren Arbeiten fertig waren, wurde das Kleinbahnmaterial zum Kaufe angeboten. Die Firma **Koppel** bemühte sich, es wieder zu verkaufen oder aber zu vermieten. Diese Praxis hat sich der Angeklagte, der sich des größten Vertrauens erfreute und gerade in diesem Vermietungsgeschäft sehr tüchtig war, zu Ruhe gemacht und eine große Reihe Geschäfte abgeschlossen, die sämtlich fingiert waren. Er verfuhr in der Weise, daß er eine Verkaufsofferte an die Firma **Koppel & Co.** sandte. Wenn dann die Firma den Beschluß faßte, der Offerte näher zu treten, wurde der Angeklagte, weil er in solchen Geschäften sehr bewandert war, mit der Erledigung der Sache betraut. Um sich das Material anzusehen, reiste er dann nach dem betreffenden Ort ab, wurde auch gleichzeitig mit dem nötigen Gelde zur Anzahlung ausgerüstet. Ueber die angeblich erfolgte Zahlung stellte er eine geschäftliche Quittung aus. Um zu verhindern, daß diese Quittungen von der Firma gemerkt werden, hat der Angeklagte auf der anderen

Seite wieder fingierte Mietverträge angefertigt; diese betrafen Firmen, die gar nicht existierten und an diese wurde das Material, das gar nicht vorhanden war, vermielt. Die von diesen fingierten Firmen zu zahlenden Mietbeträge leistete der Angeklagte aus den von ihm veruntreuten Geldern, teilweise gab er auch gefälschte Wechsel in Zahlung. — Der Angeklagte, der einen sehr leidenden Eindruck macht, gibt mit schwacher Stimme zu, daß die Dinge sich so abgespielt haben, wie der Vorsitzende dargestellt hat. Da er so leise spricht, daß er nicht zu verstehen ist, muß er aus dem Anflugraum herausreten und auf einem Stuhl vor dem Richtertische Platz nehmen. Als der Vorsitzende den Angeklagten aufforderte, zu erzählen, wie er zu den Unterschlagungen gekommen und wozu er das Geld haben wollte, vermag der Angeklagte nicht zu antworten. Sein Gesicht wird durch Zudangen entstellt, er beginnt zu Schlagen und fällt unter Weinen in den Stuhl zurück. Der Vorsitzende muß eine Pause eintreten lassen, während denen sich die anwesenden Ärzte eifrig um den Angeklagten bemühen und ihn durch Darreichung von Wasser und Tropfen langsam wieder soweit bringen, daß die Verhandlung wieder aufgenommen werden kann. In seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte auf eine Frage des Landgerichtsdirektors **Lieber**, was er mit dem Gelde gemacht habe, daß er, nachdem er sich mit einem **Fraulein Siegle** verlobt hatte, gehofft hatte, durch das Spiel in den Besitz großer Summen zu gelangen, um dann heiraten zu können. Er habe den Ehrgeiz gehabt in das **Koppel'sche** Geschäft als Teilhaber einzutreten und habe deshalb beabsichtigt, eine möglichst große Anzahl von Aktien zu erwerben. Der Vorsitzende geht nunmehr auf die einzelnen Fälle der Anlage ein, in denen der Angeklagte schon vor dem Untersuchungsrichter geständig gewesen war. Kluge wiederholte mit leiser, vielfach unverständlicher Stimme dieses Geständnis. Als es es für bedeutend hielt, die durch seine betrügerischen Manipulationen erlangten hohen Geldebeträge bei der Firma selbst abzuholen, habe er hiermit den Agenten **Wilmner** beauftragt. Dieser habe das Geld abgeholt, sich seine Provision abgezogen und den Rest an ihn abgeliefert. **Wilmner** habe jedoch angenommen, daß er (Kluge) das Geld an die Firma abliefern. **Wilmner** habe dieses Geld stets auf das Konto eines „**Dr. Lasfer**“ eingehängt. — Auf mehrere Fragen des Rechtsanwalts **Dr. Frich Ehrhardt**, die dahingehen, festzustellen, daß Kluge tatsächlich nicht der ungemein befähigte Mensch sei, wie er immer geschildert werde, bekundet der Angeklagte, daß er sich zu dem Einjährigenexamen 50 Aufsätze auswendig gelernt habe, auch habe er sich mitunter von 2 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachts auf das Examen vorbereitet. Rechtsanwalt **Dr. Ehrhardt** machte ferner darauf aufmerksam, daß der Angeklagte bei seinen sogenannten „Spielreisen“ nach Paris, hier abends weggefahren, bis zum nächsten Nachmittage gefahren, in Paris drei Stunden gespielt und dann noch am demselben Abend wieder zurückgefahren sei. Um also drei Stunden in Paris zu spielen, habe Kluge eine Fahrt von 18 Stunden hin und 18 Stunden zurück unternommen. Kluge bestätigte dies und bekundet auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts **Dr. Ehrhardt**, daß er sich auf dieser 18stündigen Fahrt mit einer neuen Spielmethode, die er sich selbst ausgedacht habe, für das **Baccarat**spiel beschäftigt habe. Auf einer solchen Reise habe er stets etwa 7 bis 800 solcher Probabrechnungen seiner Methode gemacht. Zur Sprache kommt noch, daß Kluge seiner Frau **Fraulein Siegle**, als diese in Trouville einmal 20 000 **Francs** gewonnen hatte, verboten hatte, von diesem Spielgewinn auch nur einen Pfennig für andere Zwecke auszugeben. Auf weiteres Befragen des Rechtsanwalts **Dr. Ehrhardt** bestätigt der Angeklagte, daß er während seiner Tätigkeit hier in Berlin sich fortgesetzt seine Ruhe gönnte und mit kurzer Mittagspause bis in die Nacht arbeitete, um möglichst viel zu schaffen, da er dadurch auch an Lantien gewonnen. Die Hälfte des Monats sei er auf Reisen gewesen und immer nachts gereist. Der Verteidiger bestreitet, daß der Angeklagte ein luxuriöses Leben geführt und weder für sich noch für seine Frau, **Fraulein Siegle**, Ausgaben machte, die er nicht aus seinem Einkommen hätte bestreiten können. Der Vorsitzende stellt durch Befragen fest, daß der Angeklagte pro forma bei seinem Vater wohnte, aber für seine Frau **Fraulein Siegle** eine Wohnung für 3000 **Mk.** gemietet hatte. Er bezahlte der jungen Dame außerdem täglich 20 **Mk.** **Wirtschaftsgeld** und in zwei Jahren etwa 7000 **Mk.** für Garderobe. Aus den weiteren Feststellungen des Vorsitzenden geht hervor, daß das Jahreseinkommen des Angeklagten auf etwa 22 500 **Mk.** zu schätzen war, ohne die Reisepensen. Außerdem hat der Angeklagte auch noch in **Auxen** spekuliert. Der Angeklagte bleibt dabei: er habe Geld bekommen wollen, um spielen und **Fraulein Siegle** heiraten, außerdem aber, um Teilhaber der Firma **Koppel** werden zu können, indem er die Mehrheit der Aktien an sich brachte. — Der Verteidiger macht weiter darauf aufmerksam, daß in sämtlichen fingierten Geschäften der Angeklagte immer nur mit Summen operiert hat, deren Quersummen durch „drei“ teilbar sind. — Angeklagter: Ich stehe dabei unter einem gewissen Zwange, ich muß alles mit 3, 6 und 9 multiplizieren. — Präsi.: Wie haben Sie bemerkt, daß Sie unter diesem Zwange stehen und wie haben Sie dagegen angekämpft? — Angeklagter: Ich kann nur sagen, daß ich mich mit 3, 6 und 9 multiplizieren muß. — Präsi.: Wenn Sie sich acht Anzüge oder mehrere Steifen oder eine Anzahl **Strawvaten** kaufen, so haben Sie doch nicht darauf gesehen, daß die Zahl immer durch 3 teilbar war. — Angekl.: Bei Einkäufen habe ich es nicht gemacht. Es ist schwer zu erklären, wie sich dieser Zwang bei mir geltend macht. — Auf weitere Vorhaltungen des Verteidigers, die auf den Geisteszustand des Angeklagten Bezug haben, erklärt der Angeklagte, daß er selbst keinen Augenblick zweifelhaft darüber sei, daß er geistig vollkommen gesund sei. Als er 6 Wochen zur Untersuchung seines Geisteszustandes in eine Anstalt überführt worden sollte, habe er dagegen protestiert, sei dann aber in die Anstalt gegangen, weil ihm gesagt wurde, daß er sich nur einige Zeit erholen solle. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten einige Aeußerungen vor, die er dem **Dr. Abraham** gegenüber gemacht haben soll. Diefelben sollen darauf gegangen sein, daß er höchstens drei Jahre Gefängnis bekommen könne. Er scheint also es vorgezogen zu haben, die drei Jahre abzuschließen als für geisteskrank erklärt zu werden. — Rechtsanwalt **Dr. Ehrhardt** betont weiter, daß der Angeklagte vor seiner Verhaftung lange Jahre ein **Webeluch** bei sich getragen habe. — Präsi.: Haben Sie denn auf die rituellen Gebrauche besonderen Wert gelegt? — Angeklagter: Nein, ich bin kein Frömmler noch auf den hin, aber ich bin gottesfürchtig und habe täglich dreimal gebetet. Die Gebete hatte ich mir aufgeschrieben. Ich habe nicht Theologie studiert, aber ich bin überzeugt, daß ich fromm und gottesfürchtig bin. — Während der Erörterungen über das Verhältnis des Angeklagten zu dem **Fraulein Siegle** und seinen sexuellen Reigungen wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Gelegentlich kommt zur Sprache, daß der Vorsitzende 600 Seiten Gutachten der medizinischen Sachverständigen habe durchlesen müssen. — Der **Zeuge Günsberg**, ein entfernter Verwandter des Angeklagten, schildert diesen als einen sehr nervösen, hastenden Menschen, der von der Spielwut befallen war, seine ganzen Gedanken immer wieder auf das Spiel konzentrierte und mit ungeheuren Summen, die er glaubte verdienen zu können, nur so herumwarf. Die Familie sei stolz auf die kaufmännischen Talente gewesen, die der Angeklagte bekundet. Für geistesgrob habe ihn aber niemand gehalten. — Kriminalkommissar **v. Mantuffel**, der sich an der Hand schriftlicher Aufzeichnungen des Angeklagten über die Kunst, beim **Baccarat** zu gewinnen, sich über dessen Gedankengang unterrichtet hat, bekundet, daß es sich dabei gar nicht um ein ganz un sinniges „System“ handle, sondern um eine Reihe von Beobachtungen und guten Ratsschlüssen des Angeklagten, die ganz verständlich seien. — Hierauf wird die Verhandlung auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt, da nach der Ansicht der Ärzte dem Angeklagten unmöglich sein würde, der Verhandlung zu folgen. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

### Im Wiederaufnahmeverfahren

wurde gestern der Kaufmann **Franz Holste** von schwerer Strafe durch die 4. Strafkammer des Landgerichts II befreit. Der Angeklagte stand vor etwa Jahresfrist vor derselben Strafkammer, um sich in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau auf die Anlage der verjudeten Verteilung zum Meineid zu verantworten. Frau **H.** war

einige Zeit vorher vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil das Gericht sie für überführt hielt, die Angeklagte eines Diebstahls verleiht zu haben. Frau S. legte gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung ein und wurde nun beschuldigt, teils selbständig, teils in Verbindung mit ihrem Ehemann es unternommen zu haben, die Hauptbelastungsgewinnen zur Abgabe einer ihr günstigen Aussage vor Gericht zu bestimmen. Beide Angeklagten hatten seinerzeit ihre Schuld bestritten und sich als das Opfer von Mächtigkeiten einer ihnen feindlichen Clique hingestellt. Die Verhandlung vor der Strafkammer gestaltete sich auch außerordentlich lebhaft. Der Gerichtshof gewann damals aber auf Grund der Beweisaufnahme die Überzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilte ihn zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Frau S. wurde freigesprochen. Die von dem Verurteilten eingeleitete Revision wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Nunmehr betrieb Justizrat Leonh. Friedmann für den Angeklagten das Wiederaufnahmeverfahren. Sein Antrag stützte sich auf die Zeugnisse dreier Personen, die mit den Aussagen der Belastungsgewinnen in direktem Widerspruch standen, ferner auf Mitteilungen, die die Glaubwürdigkeit der Belastungsgewinnen anzuzweifeln Gelegenheit gaben. Die Straf-

kammer hatte den Antrag zunächst abgelehnt; das Kammergericht ordnete auf erhobene Beschwerden das Wiederaufnahmeverfahren an. Die gerichtliche Verhandlung, die sich wieder sehr lebhaft gestaltete, endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht hielt zwar eine Wahrscheinlichkeit für vorliegend, daß der Angeklagte sich im Sinne der Anklage betrogen habe, den Beweis der Schuld aber nicht für genügend erbracht.

**Von den Praktiken gewisser Militärlieferanten**

Belam man in einer Verhandlung des Landgerichts Würzburg ein liebliches Bild. Der Großhändler Bauernfreund in Nürnberg hatte sich zum vorjährigen Kaiserfest durch kolossale Unterbietung die Ochsenlieferung für die 3. Division gesichert; trotz seines niedrigen Gebots glaubte er noch ein sehr gutes Geschäft machen zu können, indem er den entsehrlichsten Schuld zu liefern versuchte. Seine Absicht wurde aber durch die Presse durchkreuzt so daß die Intendantur die Ochsen zurückwies. Bauernfreund hatte nun noch die ungeheure Mühseligkeit, gegen die Blätter, die sein Treiben aufdeckten und kritisierten, mit Beleidigungsklagen vorzugehen, und

gabar gegen unser Würzburger Volksblatt. Dann gegen das demokratische „Journal“ und die baderbündlerische „Landzeitung“. In der feinergerichtigen Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde der Beweis erbracht, daß die gelieferte Ware schlecht, teilweise sogar fehlerfrei war, aber trotzdem kam das Gericht zu einer Verurteilung, weil eine Behauptung: Bauernfreund habe die zurückgewiesenen wertlosen Ochsen mit einer anderen Lieferung in eine andere Feldschlächtereigerei geschmuggelt, nicht durch Zeugen belegt werden konnte. Die Sache kam nun ans Landgericht, wo der Kläger einen ganz jämmerlichen Mißfall erlebte. Von den Zeugen und Sachverständigen wurde bekundet, daß die gelieferten Ochsen wahre Jammergehälten waren, die nicht mehr für den menschlichen Genuß taugten. Einige der zurückgewiesenen Ochsen, die nach dem Nürnberger Schlachthof kamen und geschlachtet wurden, wurden als ungenießbar erklärt. Es gelang jetzt auch der Nachweis, daß Bauernfreund drei der zurückgewiesenen Ochsen mit einem anderen Transport an die Feldschlächtereigerei nach Thüringen verladen hatte. Das Gericht hielt nun den Wahrheitsbeweis für voll erbracht und sprach alle drei Angeklagten frei.

Unserem Zahlfestwert  
**Otto Plöger** nebst **Gattin**  
zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Zimmerer des Zentralverbandes  
Zahlstelle Berlin u. Umgeg.  
Berlin I. 50292

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Frankfurter Viertel.**  
(Bezirk Nr. 257.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Galvano  
**Albert Megger**  
Langestraße 10  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 8. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
217/2 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Pandenberg Viertel.**  
(Bezirk 373b, Teil III.)  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Droschken-  
führer  
**Emmerich Bollendorf**  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Der Vorstand.  
217/3

**Verband**  
**deutscher Gastwirtsgehilfen**  
(Verbandsverwaltung Berlin I.)  
Am 5. ds. Mts. verstarb nach  
längerem Leiden unser altes Mit-  
glied und ehemaliger Vorsitzender  
**Max Thomas**  
im Alter von 49 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 8. April, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Gemein-  
schaftlichen-Kirchhof in Köpenick,  
am Bahnhof Köpenickstraße 198,  
aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
284/18 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verbandsverwaltung Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen und Kolleginnen  
zur Nachricht, daß unser Mitglied,  
die Arbeiterin  
**Hedwig Schlick**  
am 3. d. Mts. an Lungenerkrankung  
gestorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 7. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Sozialistischen-Kirchhofes  
in der Prenzlauer Straße aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Gärtner  
**Artur Schulze**  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
114/2 **Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
die liebevollen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters,  
Bruders, Schwagers, Onkels  
und Cousins  
50292  
**Otto Kreuzahler**  
sagen wir allen Verwandten und  
Bekanntem, insbesondere den Kollegen  
und Kolleginnen der A. G. B., Köpenick-  
straße, den Genossen und Genossinnen  
des 6. Berliner Reichstagswahlkreises  
und dem Deutschen Arbeiter-Verband  
unseren innigsten Dank.  
Frau R. Kreuzahler und Söhne.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
sage ich allen Freunden und Kollegen  
sowie dem Deutschen Arbeiter-Verband  
unseren tiefgefühlten Dank.  
50273 **Wwe. Marie Bernhard.**

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser langjähriges Mitglied  
**Ferdinand Herholz**  
am Sonntag, den 3. April, ver-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 8. April, mittags  
1 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
hagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Hierdurch die traurige Nachricht,  
daß mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Maurer  
**Ferdinand Herholz**  
durch Unfall verstorben ist.  
Beerdigung siehe oben.  
Die trauernde Witwe und Kinder.

**Verband der Schneider,**  
**Schneiderinnen u. Wasche-**  
**arbeiter Deutschlands**  
Filiale Berlin III der Wäsche-  
und Krautwäanderbranche.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Wäsche-  
zuschnneider  
**Richard Friedrich**  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 7. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband**  
**der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegand.  
Bezirk 10.  
Den Berufsangehörigen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied  
**Hermann Gaeckle**  
am Dienstag, den 5. April, ver-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 8. April, nachmittags  
4 1/2 Uhr, auf dem Luisen-Kirch-  
hof statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
254/11 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 2. April vormittags 10 Uhr  
entlich und der Tod durch ein  
Blutergüssen unsere herzengute  
Mutter, Schwieger- und Groß-  
mutter, Witwe  
**Luise Altenkirch.**  
Sie ertrug ihre Schmerzen mit  
Geduld und ohne zu klagen.  
**Die untröstlichen Kinder.**  
Beerdigung: Freitagnachmittag  
4 Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhof  
Köpenickstraße.  
15465

**Dankfagung.**  
Für die mir abermals so reich ent-  
gegengebrachte Teilnahme, sowie für  
die zahlreiche Beteiligung und die  
vielen Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, unseres  
unvergesslichen Vaters, sagen wir  
allen Freunden, Bekannten und fami-  
liären Vereinen, sowie dem Personal  
der Firma Senger u. Edevald  
unseren tiefgefühltesten Dank.  
50282  
**F. Herzog, Witwe, nebst Kindern,**  
Wilhelm-Stolze-Straße 8.

44 eigene  
Fischdampfer.

Von frischen Fängen  
unserer Flotte empfehlen  
wir in lebendfrischer  
1a. Qualität:

Seekarpen (Goldbarsch)	25 Pf.
II. Kaheljan im Anschn.	20 Pf.
„Schellfisch im Anschn.	82 Pf.
„Schellfisch 1a Hl. 1 bis 2 Pfd.	36 Pf.
„Schellfisch kl. z. Braten	20 Pf.
„Knurrhahn z. Braten	25 Pf.
„Bratflunders	20 Pf.
„Rotzungen 1a mittelgr.	50 Pf.
„Austernfisch Karbonad	60 Pf.
„Steinhutte bis 3 pfdig.	150 Pf.

Preise für diese Woche!

In allen Verkaufsstellen  
gleiche Preise!

**Deutsche**  
**Dampffischerei-Gesellschaft**  
**„Nordsee“**  
Hauptgeschäft:  
**Berlin C., Bahnhof Börse,**  
Telephon III, 8804

**Verkaufsstellen:**  
C.: Bahnhof Börse, Bog. 9-10.  
N.: Invalidenstr. 131.  
NO.: Landsberger Str. 52-53.  
O.: Gr. Frankfurter Str. 85.  
OO.: Madaistraße, Bogen 8-9  
(Fruchtstraße gegenüber).  
S.: Prinzenstraße 91.  
NW.: Turmstr. 73.  
Charlottenburg: Wilmers-  
dorfer Straße 111.  
Spandau: Breitestr. 54.  
Steglitz: Schloßstr. 121.  
Schöneberg: Akazienstr. 31  
Zehlendorf: bei Hornr. Karl  
Schön.  
Weißensee: Langhans-  
straße 143.

Eigene Eisenbahn-  
Kühlwaggons!

**Möbel**  
auf 46182\*

**Kredit**  
in bester Ausführung.  
**Möbel auf Kredit**  
vom einfachsten bis zum  
eleganteren.  
**Möbel auf Kredit**  
ganze Wirtschaften  
sowie einzelne Stücke.  
**Möbel auf Kredit**  
sowie Waren jeder Art.  
**Herrn- und Damen-**  
**Garderoben**  
erhält man billigst bei  
**A. Kretschmann & Co.**  
Berlin, Koppenstr. 4  
Gute Madalstraße  
am Schleischen Bahnhf.  
Nächstes Kredithaus der  
östlichen Vororte.  
Lieferung frei Haus.

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Am Freitag, den 8. April 1910, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engelauer 15 (Saal 8):  
**Bauvertrauensmänner-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Die augenblickliche Lage im Baugewerbe. 2. Verschiedenes.  
Vertretung sämtlicher Bauten unbedingt nötig. Fehlende Bauten werden veröffentlicht.  
Der Vorstand.

**Orts - Krankenkasse**  
**Pantow.**  
Freitag, den 10. April 1910,  
im Restaurant Rogschki in Pantow,  
Kreuzstraße 2-4:  
**Allgem. Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Wahl der Ergänzung-Delegierten  
für die Periode 1910/11 (§§ 51 und  
51a des Statuts):  
a) 38 Kassenmitglieder;  
b) 14 Arbeiter.  
Die Wahl findet getrennt für  
Kassenmitglieder und Arbeiter und  
sogar:  
für die Kassenmitglieder von  
1/6 bis 8 Uhr abends  
und für die Arbeiter von  
8 bis 9 Uhr abends  
statt.

**General-Versammlung**  
findet am  
**Montag, den 25. April 1910,**  
im Restaurant Rogschki in Pantow,  
Kreuzstraße 2-4. statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Protokoll. 2. Vorlegung der  
Jahresrechnung pro 1909 und Be-  
richt der Revision. 3. Definitive  
Genehmigung der mit den Beamten  
abgeschlossenen Engagementverträge.  
4. Definitive Genehmigung des mit  
Dr. Selligson prolongierten Ver-  
trages. 5. Ergänzungswahl zweier  
Vorstandsmitglieder (1 Arbeiter,  
1 Kassenmitglied). 6. Anträge, welche  
mindestens fünf Tage vor der Ver-  
sammlung bei dem Vorsitzenden ein-  
geregelt sein müssen. 7. Verschiedenes.  
Pantow, den 4. April 1910.  
**Der Vorstand**  
der Orts-Krankenkasse Pantow.  
Paul Seifert, Vorsitzender.  
NB. In dieser Versammlung sind  
nur die gewählten Delegierten ein-  
tritts- und stimmberechtigt. 273/3

**Die Wertlehre**  
**bei Marx und Lassalle.**  
Beitrag zur Geschichte eines wissenschaft-  
lichen Mißverständnisses.  
Von Tatjana Grigorovici.  
Preis 2.- M.

**Die Arbeiterklasse**  
**und der Strafgesetzentwurf.**  
Von Dr. Siegfried Weinberg.  
Preis 75 Pf.  
Verbandsausgabe 40 Pf.

**Arbeiter-Wanderbund**  
**„Die Naturfreunde“.**  
Wanderausfahrten am  
Sonntag, den 10. April:  
1. Finstertag - Griebelung - Sehe-  
fang. Abfahrt: Letzter Fernbahnhof  
8 1/2 vorm.  
2. Königs-Walken - Wagen-  
Hoffen. Abfahrt: Griebelung Bahnhof  
8 1/2 vorm. Bahnhof Friedrichstraße 8 1/2  
vorm. Johannisthal umsteigen.  
3. Felsenrichtigen - Müggelberge-  
Friedrichshagen. Abfahrt: Schleißer  
Bahnhof 1 1/2 nachm.  
4. Rindertour: Spandau-Schönener-  
trung - Schönwalde - Dammstadt.  
Treffpunkt: 1 Am Schleischen Bahn-  
hof (Gute Frucht- und Madalstraße). 2 Am Bahnhof Wedding (Eingang  
Reitelfeldplatz) 8 Uhr vorm.  
Gäste willkommen!  
Freitag, den 8. April, abends  
8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,  
Engelauer 15 (Saal 1):  
**General - Versammlung.**  
Hierzu ist unbedingt erforderlich,  
daß jedes Mitglied mit einer Legiti-  
mation - ob gewerkschaftlich oder  
politisch organisiert - zwecks Kontrolle  
versehen ist. 1/6  
Lebige Schneeflockenmaschinen stellen  
lohnenden Verdienst. Kundstren-  
maschinen von 75 M. an. Berliner  
Näh- u. Strickmasch.-Fabrik H. Levy.  
Neue Königstr. 15. 46732\*

**Möbel**  
Neu erschienen:  
**Führer durch das preussische**  
**Einkommensteuer-Gesetz.**  
Von Rud. Wissell. Preis 30 Pf.

**Die Finanzgeschichte**  
**des Deutschen Reiches.**  
Von Emanuel Wurm. Preis 1.- M.

**Die Wahlrechtsvorlage**  
Verhandlungen des preussischen  
Abgeordnetenhauses nach dem  
amtlichen Stenogramm der Sitzungen  
vom 10. bis 12. Februar 1910.  
Preis 60 Pf.

**Die Wertlehre**  
**bei Marx und Lassalle.**  
Beitrag zur Geschichte eines wissenschaft-  
lichen Mißverständnisses.  
Von Tatjana Grigorovici.  
Preis 2.- M.

**Die Arbeiterklasse**  
**und der Strafgesetzentwurf.**  
Von Dr. Siegfried Weinberg.  
Preis 75 Pf.  
Verbandsausgabe 40 Pf.

**Sternhüchlein für das Jahr 1910.**  
Eine erste Einführung in die Astronomie.  
Mit 12 Sternkarten und vielen Abbild.  
Von R. Henseling.  
245/17\* Preis 75 Pf.

**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Berliner Uik-Trio.**  
Felix Schauer Straßburgerstr. 1

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Bismutierung frei.  
Eine Zweiselt die dauerhafte u. wirksame Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
vor. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Opium.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-  
Apothek., Bornimstraße 33. — Wüchsen: Schützen-Apothek., — Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8\*

**Otto Gundermann**  
nur 16 Dragonerstr. 16  
Donnerstag - Freitag - Sonnabend  
Ueberraschend billige Seefische  
Kahljan 12, Ausschmitt 20 | Bratschellisch 15, mittel 20  
Seelachs 12, „ 20 | Kl. Rotzungen 30, „ 50  
Bratflunders 20 (bei 3 Pfund 50).  
Für alle anderen Seefischarten und Süßwasser-Fische  
Ausnahme-Preise.

Stof auf **Teilzahlung**  
bequeme Rückzahl in be-  
kannter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 50.**

**20 Prozent**  
erhält Vorgeiger dieses Inserats bei  
Beteiligung von künstlichen Zähnen,  
**10 Proz. auf Plomben.**  
Zähne von 1 M. an, Zahnziehen  
mit Betäubung 1 M., Plomben m.  
Gold, Silber, Kupfer, Porzellan  
u. Jement von 1 M. an.  
**Spezialität:** künstliche Zähne  
nach dem neuesten System der  
Zahnheilkunde sowie Regulierung schief-  
stehender Zähne.  
Und Wunsch Teilzahlung!  
**M. Paech, Ecke Wunnenstraße.**  
Sprachstr. 9-1 u. 3-7 Uhr.  
Sonntags 9-1 Uhr. 1357b

**Sohlengreiz**  
Spart Geld und erhält die Ge-  
sundheit! Unübertreffliches  
Mittel, die Sohle dauerhaft  
und wasserdicht zu machen.  
Dose 25 Pfd. 3 Dosen postfrei 50 Pfd.  
(auch Briefmarken) v. d. Sohlenengreiz-  
fabrik Karl Köch, Berlin-Friedenau.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41,  
dicht am Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schönemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Griebrichtstr. 203. Ecke Schönestr.  
Wochentags 10-2, 5-7.

# Gardinen-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

**Abgepaßte Fenster**  
weiß und crème  
per Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.

Kunstgardinen  
in Tüll, Spachtel, Erbstüll, Fenster 6<sup>75</sup>-30<sup>00</sup>

Eleg. Sezessions-Tüll-Stores 1<sup>85</sup>-18<sup>00</sup>

Gestickte, echte Spachtel-Stores 7<sup>75</sup>-36<sup>00</sup>

Goldfarbige reichgestickte Hand-Stores 3<sup>85</sup>-75<sup>00</sup>

Tüllbettdecken, Größe 190/220 cm 2<sup>50</sup>-25<sup>00</sup>

Reichgestickte Erbstüll-Bettdecken 6<sup>75</sup>-85<sup>00</sup>

Elegante Tüll-Betrückwände 6<sup>75</sup>-48<sup>00</sup>

Brise - Brise (Scheibenschleier) 25 Pf., 35 Pf., 40 Pf., - 5.50 M.

Nach auswärts per Nachnahme

**Spezialkatalog**  
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.



Mit **Polmonox**  
Liziat's das stärkste Lungenheilmittel!  
Pflanzl. Lungen-Heilmittel  
100% H. Schlinck & Cie A. G.  
Hamburg und Mannheim

# Möbel

**Kredit**  
Wohnungs-Einrichtungen

Ausstellung einfacher und eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer Modern, farbige Kücheneinrichtungen

**auf Abzahlung u. gegen Bar.**

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren b. kleinst. Anzahlung ev. ohne Anzahlung.

Ferner empfiehlt Teppiche, Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Bilder, Uhren, Car u. Petroleum-Kerosen, Fertige Betten, Leib- u. Bettwäsche, Sport- und Kinderwagen, Garderobe für Herren, Damen und Kinder. Größte Auswahl. Bill Preise. Neuester Schnitt.

**1 M. Wochen-rate 1 M.**

**S. Dorn**  
Alte Schönhauser Str. 3  
1 Treppe

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Dager, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichshagen 91/9

Ziehung 11. u. 12. Mal

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

**50000**  
von 1000 Gew. von 5 bis 5000 Mark

**30000**  
u. 20 Hauptgewinn Mark.

**20000**

Originallose a 2.- Mark, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

**G. Dischelis & Co.,**  
Bankgeschäft,  
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.  
Auch zu haben in sämtlichen Lotterio- und Zigarrengeschäften.



Schuhputz **SERVUS** das Beste

**Servus**  
Bester Schuh-Putz

Überall zu haben in Dosen 10 u. 20 Pfg. Fabrik: Lubzynski & Co., Berlin NO.

# Knaben-Boy

Schluß übermorgen Sonnabend.

**Zum Schul-Anfang:**  
Ausnahmepreise für Tausende von Knaben-Sachen

Knaben-Buckskin-Anzüge | Knaben-Wasch-Anzüge  
Größen 1-6 | Größen 1-6  
durchweg M. **1.80** | M. **1.50 u. 90** Pfg.

Knaben-Hosen . . . Größen 1-6 - M. 1.50 u. 65 Pfg.  
Schüler-Hosen Größen 7-12 3.00 2.50 u. 1.50  
Knaben-Wasch-Blusen Größen 1-6 90 u. 50 Pfg.  
Schüler-Wasch-Joppen Gr. 7-12 M. 1.00 u. 75 Pfg.  
Schüler-Jackets u. Turn-Jacken . von M. 2.50 an  
Knaben-Manchester-Anzüge Größen 1-6 M. 3.60  
Knaben-Manchester-Anzüge Größen 1-6 M. 6.60  
Knaben-Pelerinen . . . . . Längen 60 u. 70 cm 80 Pfg.  
Knaben-Falten-Anzüge (Norfolk) Größen 1-6 M. 6.60  
Schüler-Anzüge und Paletots . . . von M. 5.00 an  
Schüler-Westen . . . . . M. 1.00 u. 50 Pfg.  
Knaben-Paletots und Pyjacks . . . von M. 2.00 an

Weißer Cheviot-Anzüge, Kieler-Anzüge, Knaben-Mützen im Preise bedeutend herabgesetzt.

# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.



**Liebhabe**

eines zarten reinen Gesichtes mit rosigem jugendfrischen Aussehen, weißer sammetweicher Haut und blendend schönem Teint, gebrauchen die allein echte

**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**

von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden  
Schutzmarke Steckenpferd, à St. 50 Pf., überall vorrätig.

En gros detail  
**Knaben- und Jünglings-Garderobe**  
fertig u. nach Maß am billigsten und realsten in der Fabrik  
Koppenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.  
Karl Hustädt.

**Stoff-Reste**

ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc, die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-

**Tuchfabrik-Lager** Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.  
Roßstraße 2. - Sonntags geöffnet.

**Versüßter! auf der Welt die besten! Goldfarb nicht fallen!**

**Gesundheitstabak.**  
**J. Goldfarb.**  
**Preuss. Stargard.**  
D.R.W. Z. 10.652.

Health snuff tobacco.  
Tabac à priser de santé.  
Tobaka do zazywania dla zdrowia.  
Tabacco da naso alla salute.

**KUNERONA**  
Feinste Pflanzen-Butter-Margarine  
delikatester, butterähnlichster Brotaufstrich.

**KUNEROL**  
Feinstes Cocosspeisefett zum Braten, Backen, Kochen.

ERZEUGNISSE der KUNEROLWERKE BREMEN.  
Überall zu haben.

**Boykottfrei.**

Partei-Angelegenheiten.

Bernsdorf. Sonnabend, den 9. April, abends 8 Uhr, findet im Anorischen Lokale die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Pankow. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ebersbach im Kurfürst, Berliner Str. 102, eine Volksversammlung statt.

Tegel-Vorstadt. Am Sonnabend, den 9. April, abends 7 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokals aus eine Handzettelverteilung statt.

Bernau. Die Parteigenossen werden ersucht, sich heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, beim Genossen Herrmann, Wallstraße, zu einer wichtigen Parteiarbeit einzufinden.

Sonntag nachmittag 1 Uhr Volksversammlung im „Elysium“.

Stanken. Am Sonnabend, den 9. April, abends 8 Uhr, findet eine Handzettelverteilung statt. Am Sonntag, den 10. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Öffentliche Versammlung.

Berliner Nachrichten.

In der Heimstätte Buch

hat nach dem „Patientenstreik“ — dank den Erörterungen, die im „Vorwärts“ und in der Stadtverordnetenversammlung an dieses ungewöhnliche Vorkommnis geknüpft wurden — sich manches geändert und gebessert.

Ein Patient R. hatte sich bei der Oberschwester darüber beklagt, daß an einem Löffel, den er benutzen sollte, Spuren von Rumpomade und zugleich noch Speisereste gefunden worden seien.

Ueber als ihm erging es einem Patienten S., der gleichfalls den Jörn der Oberschwester erregt hatte. Im Speiseaal war von Patienten darüber gellagt worden, daß beim Öffnen der Fenster ein Luftzug entstehe.

Dr. Reuter hat in den allerletzten Tagen den Patienten in einer Ansprache den Vorwurf gemacht, es komme ihm so vor, wie wenn von ihrer Seite Schikane geübt werde.

Freunde unter sich.

Dem gestern von uns mit seinen scharfen Ausdrücken teilweise wiedergegebenen Flugblatt der Liberalen in der ewig unruhigen Geislermannsgemeinde, die bei den letzten Kirchenwahlen gesiegt haben, was auch auf das Konto der bekannten Unterschlagungen des flüchtigen und störrisch verfolgten Epistors Werenthin

Wie unwahrscheinlich muß der Mann sein, der z. B. schreiben kann, daß wir unseren Vereinsbestern 40 M. pro Woche bezahlen. Das ist etwa die Summe, welche der Evangelische Verein denselben Herren geboten hat, um sie uns abspenstig zu machen.

Der Evangelische Verein gibt daher den Positiven Berlin das traurige Schauspiel, daß er dem sattem bekannten Berliner Liberalismus in eine bisher unbestritten positive Gemeinde den Eingang verschaffen will.

Rief doch einer der Unterzeichner des Flugblattes des Evangelischen Vereins in der letzten Versammlung bei dem Hören des Wortes orthodox, das ist rechtgläubig, laut in den Saal: „Ach!“

Auch heute noch sind es persönliche und nicht religiöse Beweggründe, welche die Herren des Evangelischen Vereins leiten, denn sie schreiben selbst: „Wie Sie auch über religiöse Fragen denken mögen...“

Dieses Flugblatt ist vom Wahlausschuß des positiven Parochialvereins unterzeichnet, dem neben Gerichs, Post- und Magistratsbeamten auch nicht weniger als sieben Polizeibeamte, das heißt bloß dem Wahlausschuß angehören (1 Kriminalwachmeister, 2 Polizeiwachmeister, 2 Kriminalschutleute, 2 Schuttmänner)!

Angesichts der Zusammenziehung des Parochialvereins wäre es interessant, wenn die Liberalen mit ihren Anklagen über kirchlichen Terrorismus gegen Geschäftsleute etwas deutlicher werden wollten.

Breitagabendeleuchtung soll eingerichtet werden auf dem Hafensplatz, der Schöneberger und Köthener Brücke und in der Schöneberger, Greifswalder und Schilder-Straße.

Gegen die Umgehung der Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten wendet sich ganz energisch der Regierungspräsident von der Schulenburg in Potsdam. In einer Bekanntmachung führt er aus: Die Aufgabe der Medizinbeamten, bei der Seuchenbekämpfung den oft dunklen Wegen der Aufklärung nachzugehen, den Zusammenhang der verschiedenen Fälle zu erforschen und bei Massenkrankheiten die gemeinsame Ursache zu ermitteln, werde in letzter Zeit häufig dadurch erschwert, daß der gesetzlichen Anzeigepflicht nicht in richtiger Auffassung und in vollem Maße nachgekommen wird.

Wozu Polizeihunde benutzt werden.

Ein Leser schreibt uns: Am Dienstag abend gegen 1/2 8 Uhr ging ich durch die Ludenarber Straße. Von weitem sehe ich, wie an der Reindendorfer Straße zwei Schulleute sich zwischen einer Schar Kinder bewegten, um diese anscheinend zu zerstreuen.

Eisenbahners Sommerurlaub. Die Eisenbahnverhältnisse erhalten seit einer Reihe von Jahren einen kurz bemessenen Sommerurlaub und für die Sommerreise nach außerhalb selbstverständlich Freifahrt. Ziel und Zeitpunkt der Reise müssen vorher genau bezeichnet werden.

Betrug beim Viehhandel. Von einem bedenklichen Wanderverpflichtiger Viehhändler und Landwirt wurde in einer Versammlung von Fleischermeistern Kenntnis gegeben. Danach herrscht die Ansicht vor, die zur Mast bestimmten weiblichen Schweine vorher noch besegen zu lassen, damit später beim Verlaufe nach dem Lebendgewicht die Mutterfrucht mit ins Gewicht fällt.

die Mächtigkeit der Viehzüchter als gewissenlos bezeichnet werden. Anzuerkennen ist auf jeden Fall, daß gewissenhafte Viehzüchter und Landwirte ihre Kollegen davor warnen, sich durch solche betrügerischen Praktiken einen Vorteil zu verschaffen.

Aus der Gesundheitsstatistik. Im Berliner Volksverein für Obdachlose nützigten im Monat März im Männerzähl 15 260 Personen, wovon 6968 badeten, im Frauenzähl 4293 Personen, wovon 1594 badeten.

Am 1. April befanden sich im hädtischen Familienobdach 283 Personen, und zwar 25 Familien mit zusammen 75 Köpfen (darunter 27 Kinder und 17 Säuglinge) und 208 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. März 80 Personen mehr.

Das nächtliche Obdach wurde während des März von 105 764 Männern und 529 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuchs war der 17. März mit 3222 Personen, der des stärksten Besuchs der 5. März mit 3676 Personen.

Ein blutiges Drama hat sich Dienstag in später Abendstunde in der Kolonie Brunelwald abgespielt. Der 25 Jahre alte Schlächtergeselle Karl Richter verfuhrte seine Braut, die um sechs Jahre jüngere Elfriede Göbe, die bei dem Eigentümer R. in der Subertusallee 39 in Stellung war, durch mehrere Dolchstiche zu töten.

Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens schwer zu Schaden gekommen ist der 35jährige Arbeiter Karl Woz aus der Sebastianstr. 88. Er hatte zur Kachhausfahrt einen Straßenbahnwagen der Linie 88 benutzt und verließ diesen um 1/3 Uhr nachmittags vor dem Hause Alte Jakobstr. 56 während der Fahrt, obwohl ihn der Schaffner davor warnte.

Opfer der Straße. Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem ein Kind den Tod fand, ereignete sich am gestrigen Mittwoch gegen 4 Uhr in der Oranienstraße. An der Ecke der Walbertstraße lief der 5jährige Eduard Przewozn, Oranienstr. 88 wohnhaft, vor einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 18 auf das Gleis, wurde umgeworfen und geriet unter den Schienen.

Große Aufregung verurteilte ein Unglücksfall, der sich gegen 11 Uhr vormittags in der Hauptstraße in Schöneberg ereignete. Als an der Ecke der Eisenacher Straße die in der genannten Straße Nr. 85 wohnhafte Kaufmannsrau mit ihrer dreijährigen Tochter, die sie auf dem Arm trug, einen haltenden Straßenbahnwagen der Linie II verließ, wurde sie von einem von dem Ausfuhr Wilhelm Schmalz geführten Wehswagen zu Boden gerissen und geriet unter das Gefährt.

Zwei gleichartige Unfälle machten am Dienstagabend der Feuerwehr viel Arbeit. Am Nordhafen war abends ein Wagen mit einem Pferd und Kutscher über die hohe Ufermauer hinweg in den dortigen Schiffahrtskanal gestürzt.

Ein ungewöhnlicher Vorgang spielte sich gestern früh gegen 8 Uhr in der Bräudenstraße an der Ecke der Köpenicker Straße ab. Als um diese Zeit ein mit Leitern und Brettern hochbeladener Mühlwagen jene Stelle passierte, brach plötzlich ein Hinterrad.

„Sizilien und der Aetna“. Die Verwaltung der Urantia versteht es vorzüglich, aktuelle Ereignisse gleichsam in greifbare Nähe zu rufen. Neuerdings macht der Aetna auf Sizilien in unliebamer Weise von sich reden, und schon hat Direktor Dr. Schwahn einen vorzüglichen Vortrag ausgearbeitet, den eine



Nachspiel zum dreifachen Mord im Pfarrdorf Rudow. Die und telegraphisch aus Luzern gemeldet wird, beurteilte gestern das dortige Kriminalgericht den Landwirt Mathias Ruff, der in der Nacht vom 20. zum 21. Dezember vorigen Jahres die Eheleute Wifang und zwei Söhne ermordete und darauf das Hofgut in Brand steckte, zum Tode.

Ein großer Fabrikbrand wird aus Graz gemeldet: Die Papierfabrik Lehtam Josephstal in Zwischenwässern in Krain ist vollständig niedergebrannt. Vier Personen wurden schwer verletzt. Der Materialschaden soll über 2 Millionen Kronen betragen.

Lebe- und Diskutterklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bugge, Rasthausallee 95/96. Gäste willkommen. Verband der Freizeitsportler Deutschlands. Zweigverein Berlin. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Generalversammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Vortrag von Pierre Madraug. Uebersetzt von S. Zellmer. 1 B. Verlag: Dr. Wedekind, Berlin.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Andrei Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 5 1/2 bis 8 Uhr abends statt. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

§. 14. Der § 174 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestattet nur denjenigen, die keine ehelichen Abkömmlinge haben, die Annahme an Kindesstatt. Auf das Alter der ehelichen Kinder kommt es nicht an. Sie können daher den Jungen nicht an Kindesstatt annehmen. - Ideal 444. 1. Der Vertrag ist auch ohne Beglaubigung rechtskräftig. Die Beglaubigungskosten bei einem Notar betragen einschließlich des Beglaubigungstempels 4,60 M.

2. Vertragstempel ist erforderlich, die Höhe richtet sich nach dem Anlagevermögen. - Jagow. Bilanzengattung Holzgärten. Die Bilanz bildete einen Bestandteil der Lieberhagen Kränzer, eines früheren Geheimmittels gegen Auszehrung. - W. J. 33. Fragen Sie bei dem Auswärtigen Amt in Berlin an. - A. 100. Und nicht bekannt. - W. 100. Der Rüstler geht seines ewigen Geistesanteils nicht verlustig. Sie haben Anspruch auf Ertrag des Bräutigamsanteils. - G. R. 55. Wenden Sie Ihren Anspruch bei dem Vorstände der Berufsvereinschaft an. - W. G. 25. Die Entschädigung trifft das Vermögen der Geschädigten. Sie können gegen einen ablehnenden Entschädigung binnen 14 Tagen Beschwerde einlegen. - W. 82. 1. In 5 Jahren. 2. Zuständig das Gericht, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen Wohnsitz hat oder in dessen Bezirk die Straftat verübt ist. - A. 2. 2321. Eine Klage hat u. E. Aussicht auf Erfolg. - A. B. C. 100. Für die Stempelberechnung ist das Kalenderjahr - nicht das Viehzähljahr - maßgebend. Wird innerhalb des Kalenderjahres die Wohnung gewechselt, so muß für beide Verträge Stempelgebühr gezahlt werden. Der vor dem 1. Juli 1909 für das Jahr 1909 gezahlte Stempel ist auf den späteren erhöhten Stempel anzurechnen. - C. R. 43. Die Schulstunden legt der Magistrat fest. Wir raten, die Sache mit dem Genossen Bleich in Charlottenburg, Königsstr. 14, zu besprechen. - G. P. 100. Wenden Sie sich an den Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde, Ewigstr. 9. - P. C. 23. Derartige Fragen beantworten wir nicht. - P. C. 100. Wetten entscheiden wie nicht. - R. A. 222. Die Ueberwachung öffentlicher politischer Versammlungen ist auch nach dem neuen Vereinsgesetz zulässig. Ob die fragliche Versammlung in Rudow überwacht worden ist, ist uns nicht bekannt. - P. R. 88. Zwei Jahre. - Tierdorf. Genügend großer Gefäß (Kübel oder Topf) mit Erdmischung aus 2 Teilen Rasenerde, je 1 Teil Sand- und Kistenerde und 1/2 Teil Sand. In der wärmsten Zeit täglich zweimal begießen. Ueberwintern soll an einem frostfreien nicht zu feuchten Ort erfolgen.

Antiker Marktbericht der holländischen Kartballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Gehalt still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Gehalt still, Preise gut. Geflügel: Zufuhr mäßig, Gehalt lebhaft, Preise fast unverändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Gehalt lebhaft, Preise wenig verändert, für Hechte nachgebend. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr mäßig, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 6. April 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 2 m Höhe	Temp. in 1 m Höhe	Stationen	Barometerstand	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 2 m Höhe	Temp. in 1 m Höhe
Swinemünde	757,7	NW	2	Regen	5	5	Dabrun	760,0	SW	2	halb bd.	-2	-2
Darmstadt	760,0	N	3	bedeckt	6	6	Delitzsch	769,0	SW	1	Dunst	-1	-1
Berlin	759,8	SW	3	bedeckt	6	6	Stettin	757,8	NW	3	mäßig	6	6
Königsberg	756,9	SW	4	halb bd.	4	4	Magdeburg	765,0	SW	2	bedeckt	6	6
Hannover	754,0	SW	2	mäßig	8	8	Wien	757,0	SW	3	Dunst	6	6
Wien	757,0	SW	3	Dunst	6	6							

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. April 1910. Günstig milde, zeitweise auflockernd, aber sehr veränderlich mit leichten Regenschauern und meist schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 5. 4.	am 6. 4.	Wasserstand	am 5. 4.	am 6. 4.
Remel, Mühl	218	-5	Saale, Großh.	182	-1
Regel, Ansbach	-18	-3	Qabel, Spandau	90	-13
Wiesel, Horn	80	0	Radem.	140	0
Ober, Althof	134	+5	Spree, Stremberg	-	-
Strosen	114	+1	Beckow	107	-4
Frankfurt	129	+1	Beier, Müden	46	-1
Wartbe, Schriem	42	0	Müden	46	-1
Landsberg	34	+2	Rhein, Burgmillanden	374	-2
Rege, Borsdam	29	+10	Raub	183	-3
Elbe, Leimitz	2	+3	Aden	183	-4
Dresden	-117	-5	Redar, Peilbrom	73	-17
Harbo	149	+4	Rain, Bertaheim	151	-2
Magdeburg	128	-2	Wosel, Ertz	77	-1

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden. Original SINGER Nähmaschinen. Mastergütig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eigene Fabrikation im Hause! zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. - Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

# Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister  
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbusser Tor  
Komplette Wohnungs-Einrichtungen  
Moderne Musterzimmer **stehen zur Ansicht**  
von den einfachsten bis zu den elegantesten  
zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. - Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

## Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 7. April. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Waffre. Anfang 7 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Strandbäder.  
Neues königl. Oper-Theater. Geschlossen.  
Deutsches. Die Räuber. Kammerstücke. Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr.  
Leipzig. Das Konzert.  
Neues Schauspielhaus. Die Kämpfe. Kleines. Luzzusag.  
Komische Oper. Zigeunerliebe. Berliner. Laulu.  
Neues. Die goldene Ritterzeit. Deutsches. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Theodor u. Et. Kleines. Das Nachspiel.  
Thalia. Die Dorfkomisse.  
Schiller O. (Wagner-Theater.) Goldfische.  
Schiller Charlottenburg. Der Reineckebauer.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Alt-Heidelberg.  
Wappiel. Als Dabellaz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Gebbel. Ketten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Volksoper. La Traviata.  
Luisen. Was Gott zusammenfügt.  
Kaiser. Der Verschwendter.  
Residenz-Theater. Der dunkle Punkt. Metrovici. Hallo!! - Die große Krone.  
Hollas Caprice. Herr Wasserkröpf.  
Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Berlin bei Nacht.  
Weber. Herrfeld. Die beiden Bindelbänder. - Die Original-Madriestpartie.  
Hoad. Kean oder Leidenschaft und Genie.  
Alpen. In den Lasterhöhlen von San Francisco. Spezialitäten.  
Wagner. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Burggarten. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)  
Urania. Landstraße 44/45. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Circus-art. Anhaltstr. 57-62.  
Lessing-Theater. 8 Uhr: Das Konzert. Freitag, 8 Uhr: Zum 75. Male: Das Konzert. Sonnabend, 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Getraut.

Theater des Westens. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Samst. 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.  
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 7. April, abends 8 Uhr: Anf.-Gastp. d. Reinen Schauspielhaus  
Alt-Heidelberg mit Karl Heinz. Harry Walden. Morgen und folgende Tage: Alt-Heidelberg. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.  
Volksoper. SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Abends 1/2 9 Uhr:  
La Traviata.  
Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Das Nachlicht. Schwant in 3 Akten v. H. Jacquot. Morgen und folgende Tage: Das Nachlicht.  
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt. Schauspiel in fünf Akten von Ernst Riederfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courtheil-Rohler. Freitag: Hoffnung auf Segen. Sonnabend: Klapperstorch der Königin. Sonntag nachm.: Was Gott zusammenfügt. Abends Premiere: Doppelheldenmord. Montag: Klapperstorch d. Königin.

Schiller-Theater (Wagner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Goldfische. Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schöthan und Gustav Kadelburg. Ende 10 1/2 Uhr. Freitag, abends 8 Uhr: Hans Lange. Sonnabend, abends 8 Uhr: Egmont.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Gastspiel-Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Miss Dabellaz. Tägl. bis Mitte April: Die. Vorst.

Apollo Theater. Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm. 60 erstklassige Künstler! 9 Uhr: Moran und Wiser. Sensation-Jongleure mit Hüten. 10 Uhr: Goldes Juwelchen. 20 englische Paktische 20 Jung-England in Berlin. Einzige exzell. Ensemble dieser Art.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Neues Programm! Cleo de Merode. Singwari Gentes. Freser Fräulein, gymnast. Akt. De Lilo, französische Sängerin. Rosina Cassoli mit ihrem Wunderhündchen. Chantecier-Truppe, engl. Tanz- und Gesangs-Ensemble. Paul Conchas, der Armeo-Herkules i. a. Szene: Im Feldlager. Wardia Beketow, Schulreiterin. Rebla, komischer Jongleur. Dr. Angelos lebendes Porzellan. Mr. Gulck, Karikaturen-Zeichner. Biograph, neueste Aufnahmen.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Theodore & Cie.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Reineckebauer. Volksstück in 8 Akten von Ludwig Angenieder. Ende 10 1/2 Uhr. Freitag, abends 8 Uhr: Neue Jugend. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonnabend, abends 8 Uhr: Goldfische.

Passage-Theater. Das April-Programm ein Sensations-Programm. Ayoe \* Gussy Holl die dänische Vortragsdiva \* die reizende Parodistin und 14 Variété-Attraktionen.

Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. u. A. 5089. Anf. 8 Uhr. Verkauf 11-2 Uhr. Herrnfeld-Theater 3. Serie: Die beiden Bindelbänder. Die Original-Klabrias-Partie mit Anton und Donat Herrnfeld. Sonnabend u. folgenden Tage 4. Serie: Meine Deine Tochter. Madriestpartie. Sonntag nachm. 4 Uhr: Eine Hebrgangs-Ged. Ein Rettungsmittel. In Vorbereitung: Die Rabitäten: Wenn zwei dasselbe tun. Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld. Das starke Stück. Schwant in 1 Akt von A. Hork.

Königsstadt-Kasino. Holzmarktstraße 72. Volkstümliches neues Programm. Elsa Fränche - Collina u. Le Man - Wfr. Fred - Erich Castelli - Wfr. Rejo usw. Franz Sobanski. Zur rechten Zeit. Volksstück mit Gesang in 1 Akt von B. Jeunert.

Walhalla Variete-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenth. Tor. - Anfang 8 Uhr. - Neues Spezialitäten-Programm. Luzzel: Die allergrößte Kanone Theaterbesucher freien Eintritt.

Zirkus Colombo. Magazinstr. 6/7, am Alexanderplatz. Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung. 14 Attraktions-Nummern. Fontane u. Gerard, renommierte Reitkünstler. Palast-Theater. Burgstraße 24, bis-abid der Börse. Ringkampf-Konkurrenz um den „Goldpokal von Berlin“ und 6000 M. in bar. Donnerstag, den 7. April ringen: Janos Hörvath gegen Jens Petersen. Georg Dittmann gegen Weltmeister Hans Schwarz. Fred Markussen gegen Georg Truntz. Otto Meyer, der beliebte Radrennfahrer gegen William Wilson. Entscheidungskampf: Frank Grozier gegen Max Bordel. Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr. Preis: 0,50 M. bis 3 M. Ehren-u. Vorzugskarten an Wochenenden zu halben Preisen gültig.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 7. April 1910: Auf allgemeinen Verlangen: Unter Mitwirkung bedeutender Gäste: Der Raub der Sabinerinnen. Folies Caprice. Heute und folgende Tage: Der Luftturner. Neuer hunder Teil. Herr Wasserkröpf. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Straße 6. Sonntag, Montag und Donnerstag Neues Programm. Elite-Soiree Tanzkränzen von Hofmanns Nordl. Sängern Großer Erfolg Der Weltuntergang. Uffneue Wirtel. Unsere Einzige. Poffe in 1 Akt. Sonnt. Beg. 5. wochent. 8 U.

Karl Haverland Theater. Präg. 9 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Das wunderbare April-Programm. Biliputaner-Truppe prolongiert.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger (Moyes, Britton, Schrader usw.) Anfang: Bogenstraße 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch. Heute, Donnerstag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr präz.: Großer Gala-Abend. Herricksens Tigergruppe! 10 (völlig unerreichte Konkurrenzlose Dressur). Max Griz-Grigory-Truppe! Theresa Fills, James Leon Fills jun., Heinrich Fills, in ihren Produktionen d. hohen Schule. Hr. F. Schumann, Neudress. 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr: Die russ. Sensations-Pantomime Marja!

Casino-Theater Berlin bei Nacht. Voffe in 3 Akten von G. Schiller. Sonntag 4 U.: Ein deutsch. Frauenherz.

W. Noacks Theater Kean oder Leidenschaft und Genie. Lustspiel in 5 Akten. Freitag zum letztenmal: Kean. Sonnabend: Die Waffen nieder.

Moabiter Gesellschaftshaus. Wiolafstr. 24. Jeden Donnerstag: Kabarett-Abend, veranstaltet v. d. Echlischen Sängergesellschaft. Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.

Artushof. Perleberger Straße 26. Jeden Sonntag: Paul & Springers. Kabarett- und Possen-Gesellschaft. Anf. Konz. 5 Uhr, Vorst. 7 Uhr. Tanz.

